

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

69 (23.3.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 A ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 A. Samstags 15 A. — Anzeigen: die einseitige Spaltenzeile 20 A,
auswärts 25 A. Reklamen 80 A. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich
Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von G. C. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Strefemanns Präsidentschaftskandidat

Eine unmögliche Figur

Jarres für die brutale Abschneidung der Rheinlande — für den Kriegszustand mit Frankreich — für weitere Besetzung deutscher Gebiete — für den europäischen Konflikt — für den Revanchekrieg — ein politischer Phantast

Der Reichspräsidentenkandidat des Rechtsblocks, Herr Dr. Jarres, hat in seiner Berliner Bankfretre am 18. März den Wortlaut der „Verhandlungsprotokolle“ als eine persönliche Verleumdung und eine geradezu lächerliche Verdrehung der Tatsachen bezeichnet. Entrüstet beteuerte er:

„Der Gedanke einer Preisgabe der Rheinlande hat zu keinem Zeitpunkt auch nur im entferntesten Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen.“

Es ist uns unfahbar, wie Herr Dr. Jarres zu einer derart hochgenutten Zurückweisung durchaus berechtigter Vorwürfe sich berechtigen kann. Er wohnt uns nun, dem aahmen Präsidentschaftskandidaten Jarres, dem jegliches Gedächtnis an die Vorgänge im Herbst 1923 erschwinden zu sein scheint, den wilden Verhandlungsprotokolle Jarres gegenüberzustellen:

Mitte September stand die Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete in Verhandlungen über den von allen Seiten als notwendig erkannten Abbruch des vorläufigen Kriegszustandes mit den sich daraus ergebenden Folgen für die deutsche Außenpolitik. An einer Führerbesprechung in Weimar wurde folgender von einem Teilnehmer stenographisch aufgenommene Brief des Herrn Jarres verlesen, der dessen Unterdrückung enthält:

„Ich fürchte, daß es bei den weiteren Verhandlungen ähnlich wie bei den Friedensverhandlungen zu einem schmerzlichen Nachgeben, ja vielleicht zur Annahme von Diskontingenden unter Protest kommen wird. Die Situation bliebe dann völlig ungeklärt und Deutschland vertraglich gefesselt der Laune des neuen Siegers überantwortet. Ein solcher Abschluß würde das Schlimmste sein, was Deutschland treffen könnte. Seine Einigkeit als Staat würde auch äußerlich zerfallen. Diese nationale Befestigungsprobe würde das Reichsgefüge nicht aushalten. Ich fürchte mit Grund,

daß Bayern und andere Landestelle nicht mitmachen und sich vom Reich loslösen würden.

Aber auch das besetzte Gebiet würde in solcher Kapitulation in geschichtlicher Empfindlichkeit ein Anstößiges finden und in die Arme des Feindes getrieben werden. Die Lösung würde eine schwächliche sein und im besten Falle unter faulen Bedingungen, deren Konsequenzen sich erst allmählich, aber dann um so drückender geltend machen würden, eine Ueberforderung des französisch-deutschen Gegenstandes bedeuten, die weit mehr das besetzte Gebiet vom unbesetzten Deutschland trennen würde,

als eine klare, zunächst brutal erscheinende Abschneidung.

Deshalb will mir die letztere Lösung nach wie vor als die einzig richtige erscheinen. Kurz fassend, denke ich mir diese wie folgt: Strefemann mag seine Verhandlungspolitik mit Nachdruck fortsetzen. Dabei muß er sich im Klaren sein, daß die Entscheidung bald fallen muß. Wir wollen mit ihm hoffen, daß diese Politik bald von ihm klar umrissenen Ziel einer die Ehre unseres Volkes und die deutsche Staatshoheit im Rheinlande sichernden Verhandlung führen wird. Nach der gestrigen Rede vom Reichspräsidenten Jarres allerdings nicht viel zu hoffen. Sieht der Reichspräsident nach kurzer Zeit, daß der Feind nicht will, aber geht gar der Franzose trotz dieser Verhandlungsbereitschaftigkeit zu weiteren krassen Gewaltmaßnahmen über (z. B. Ausföhrung der Ordnung über die Besetzung höherer Verwaltungsstellen, weitere Besetzung deutschen Gebietes, Einföhrung rchensischer Währung usw.), so muß die Reichsregierung sich zu einem endgültig aufklärenden Schritte entschließen. Sie muß, gestützt auf ihre wiederholte Erklärung, zu Verhandlungen bereit zu sein, und unter Hinweis auf ihre noch immer unbeantwortete Memorandumnote vom Juni sowie auf die zwischenzeitlich auch amtlich durch England feierlich erklärte Verletzung des Friedensvertrages durch den französisch-belgischen Einbruch den Feind meiner Meinung nach in ultimativer Form auffordern, aus dem Einbruchsgeschehen und Sanktionsrecht abzurufen und im Rheinlande die durch den Friedensvertrag gewährleisteten verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen, d. h. seinerseits den Friedensvertrag zu erfüllen; andernfalls werde Deutschland zu seinem Bedauern genötigt sein, den Friedensvertrag Frankreich und Belgien gegenüber für aufgelöst zu erklären.

Der dann eingetretene Kriegszustand wird vermutlich (!) nur formeller Natur sein und bei unierter Wehrlosigkeit akute Formen nicht annehmen. Letztere können vorausichtlich (!) in

weiterer Besetzung deutschen Gebietes bestehen, die wir auch in Kauf nehmen müßten und die zweifellos den europäischen Konflikt befestigen würden, ohne dessen Hilfe meines Erachtens endgültig eine Befreiung des Rheinlandes nicht denkbar ist.

Eine solche Lösung würde ja das okkupierte Gebiet zunächst von uns trennen.

Diese Trennung würde jedoch die unbedingt notwendige Klarheit blühartig schaffen; sie würde vom besetzten wie vom unbesetzten Gebiete als aufgezweigener Gewaltakt aufgenommen und getragen werden; die Einheit des Reiches im unbesetzten Gebiete würde ermöglicht, ja meines Erachtens unter dem Druck des Auslandes gefestigt werden, und das Land zwischen besetztem und unbesetztem Gebiete würde nur äußerlich zersplittern, innerlich aber gefestigt sein. Und der weiteren Zukunft, die sich für Deutschland entwickeln muß, könnten wir mit weit höherem Vertrauen entgegensehen. Ein Abschritt des großen Komplexes würde nicht mit Erfolg, aber mit Ehren beendet sein, und die Kräfte für den weiter notwendigen Kampf blieben gesammelt und geeint. Werfen Sie mir bitte nicht vor,

diese Lösung dränge auf den Revancheweg und sei Utopie. Nein, sie ist die einzig folgerichtige und frei von Selbsttäuschung und Nebel.

Die Lösung des Herrn Dr. Jarres war also ganz klar: „Zunächst brutal erscheinende Abschneidung der Rheinlande — Kriegszustand — weitere Besetzung deutscher Gebiete — Fortsetzung des Kampfes“. Den Wortlaut des „Revanchewegs“ nimmt Herr Dr. Jarres selenrubig hin. In der Tat: da Frankreich schwerlich die von uns „abschneidenden“ Landesteile freiwillig zurückgeben würden, blieb ja kein anderer Weg als der Revanchekrieg, wenn man nicht für dauernd auf das Rheinland verzichten wollte, und das wollte Dr. Jarres keineswegs.

Eine augenblickliche Entlassung ein Gefühlsausbruch waren diese Besetzungsbahnen des jetzigen Präsidentschaftskandidaten Jarreswegs. Er allierte für sie, er warb für sie, er kämpfte für sie.

Am 24. September 1923 waren in der Reichskanzlei hundert Vertreter der besetzten Gebiete mit der Reichsregierung verammelt. Tagesordnung: Abbruch des passiven Widerstandes, Reichsanstaltler Streikeman n wandte sich mit deutlicher Spitze gegen „Legalen“ Separatismus und gegen die Phantastien seines Parteigenossen Jarres. Begeisterter Zustimmung nahe der ganzen Versammlung. Jarres aber, der unentwegte Verhandlungspolitiker, trat Strefemann entgegen. Hatte er in jenem Briefe keine „vorläufige“ Preisgabe der Rheinlande noch an gewisse Voraussetzungen geknüpft, so verlor er nunmehr den Klaren und unabweidenden Schnitt“ zwischen dem Reich und dem Rheinlande sofort! Nach einem amtlichen Protokoll führte Herr Dr. Jarres in dieser Sitzung aus:

„Wenn ich richtig verstanden habe, dann ist der Herr Reichspräsident und die Mehrheit der Vorredner der Meinung, daß der Widerstand aufgegeben und an eine Aufnahme der Verhandlungen herangetreten werden muß. Ich bin anderer Auffassung. Wir müssen bekennen, daß wir den Widerstand weiterführen können, weil er sich jetzt gegen uns selbst wendet. Wir dürfen uns aber nicht mit dem Feind in ausichtslose Verhandlungen einlassen. Es ist das einzig richtige,

jetzt mit dem Feind zu brechen.

Wir gingen in den Kampf mit der Annahme, daß ein Rechtsbruch des Gegners erfolgt ist. Wir gehen heute wieder alle möglichen Wege, nur nicht den kürzesten. Nicht, wo wir das Zeugnis der ganzen Welt und besonders das Zeugnis von England haben, ist es das Richtige, wenn wir sagen können: stehend auf unserem Rechtsstandpunkt fordern wir nachmals von den Franzosen in ultimativer Form unter Darlegung der von uns zu machenden Zugeständnisse die Räumung des Ruhrgebietes. Wenn der Franzose darauf nicht eingeht, dann halten wir auch unsererseits uns nicht mehr an den Vertrag gebunden.“ Sie können mir „ungehörig“

daß dies den Kriegszustand bedeuten würde. Aber ich glaube, daß es nicht zu einem offenen Kriegszustand kommen wird, höchstens zu einem latenten Kriegszustand.

Es wird aber zu einem klar und unabweidenden Schnitt zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet kommen, darüber bin ich mir völlig im Klaren. Aber dieser Schnitt wird doch kommen, auch wenn wir die Bedingungen der Franzosen annehmen. Im Endeffekt sehe ich in dem einen wie in dem anderen Fall die gleiche Lösung. Dann möchte ich den Klaren Schnitt machen. Gewiß wird dies für das besetzte Gebiet die furchtbaren Folgen haben. Aber es ist die einzig richtige Lösung, wenn ich mir alles klar und logisch durchdenke.“

Das ist der Verhandlungspolitiker und der kofollose Katastrophenremmer in Wahrheit, und diese seine Rede wird von hunderten Hörrern besenat. Es ist der vollendete politische Bankrott des Rechtsblocks, daß er diesen außenpolitischen Phantasten, dessen verjüngliche Lauterkeit niemand bestreitet, auf den höchsten Posten des Reiches erheben will. Noch heute erzählt Herr Dr. Jarres in vertrautem Kreise, daß seine „Sühna“ damals die richtige gewesen wäre. Dieser Mann aber ist der Präsidentschaftskandidat des deutschen Außenministers Strefemann. Ihn hält er für außenpoli-

tisch tragbar. Diefem „Politiker“ sollen die Kabinette des Erdballs Achtung und Vertrauen entgegenbringen.

Herr Jarres behauptet in seiner Bankfretre: „Der Gedanke einer Preisgabe hat zu keinem Zeitpunkt auch nur im entferntesten Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen.“

Da hört die Diskussionsmöglichkeit auf, und das psychologische Mädelraten beginnt. Die Erörterung des Seelenzustandes dieses Herrn Präsidentschaftskandidaten aber ist nicht unsere Aufgabe. Wir überlassen sie denen, die für ihn verantwortlich zeichnen.

Es kann nach den von uns veröffentlichten Dokumenten, deren Echtheit sich beweisen läßt, keinen Menschen mit politischer Vernunft in Deutschland geben, der eine Präsidentschaft Jarres noch für möglich hält.

Jarres als Zeuge gegen sich

Auf die schweren und begründeten Vorwürfe, daß er das Rheinland im Ruhrkampf preisgegeben wolle, hat der Kandidat der Schwerindustrie, des Großkapitals und der vereinigten politischen und wirtschaftlichen Reaktion am gestrigen Sonntag in einer hamburger Versammlung eine Antwort versucht. Wie wenig das Herrn Jarres gelungen ist, dafür zeugt die folgende Mitteilung:

Berlin, 23. März. (Eig. Kundendienst.) Jarres hat am Sonntag in Hamburg war — um mit seinen eigenen Worten zu sprechen — „entkühlt“, aber er hat keinen Menschen von seiner Unschuld überzeugt, sondern im Gegenteil die Beweise für die Berechtigung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe erbracht. Das ist das einmütige Urteil der gesamten Berliner Montagovrelle. So schreibt die „Montagspost“: „Es fehlen Herrn Jarres die Beweise für seine Unschuld“ und deshalb bleibt bestehen, daß die Reichsregierung damals die Nerven behalten und das Rheinland damit für Deutschland retten sollte, während die Politik Jarres, der kopflos geworden war, und die Nerven verloren hatte, den Verlust des Rheinlandes zur Folge hätte haben müssen. In diesem Verhalten des Herrn Jarres in den entscheidenden Tagen läßt sich ein Mangel an politischem Weitblick erkennen. Auf den höchsten Posten, den das deutsche Volk zu vergeben hat, gehört aber ein Mann, der in entscheidender Zeit die Nerven nicht verliert, sondern über den Tas hinaus in die deutsche Zukunft blickt.“

Die „Welt am Montag“ stellt fest: „Herr Jarres hat durch seine hamburger Rede bestätigt, daß er 1923 für eine Politik war, die reitungslos zum Scheitern des Rheinlandes führen mußte. Er versucht jetzt diese seine offenkundige Schuld durch unberechtigte Anarisse gegen Zentrum und Demokratie zu verschleiern.“ — Auch der „Montag Morgen“ spricht von „schwarzen Ausflüchten“ und stellt fest, daß die Ausführungen des Herrn Jarres nur Argumente enthalten, die als eine gekliffte Verteidigung gelten können.

Vom Wahlkampf in Berlin

Berlin, 23. März. (Eig. Kundendienst.) Erst mit dem Schluß des Reichstages am vergangenen Samstag hat die Wahlbewegung durch öffentliche Versammlungen einen Fortschritt gemacht. Bis her wurde der Kampf in erster Linie von der Presse geführt, während ihm jetzt durch Hausagitation und öffentliche Kundgebungen bis zum 29. März ein besonderer Ausbruch verliehen wird. Das gilt sowohl für die Hauptstadt wie für das ganze Reich. In Berlin marschierten schon am Sonntag vormittags 1/2 Uhr Stahlhelmlinien und Infanterie mit Wappen, das Herr Jarres wieder in Zukunft als Reichspräsident sehen möchte, und mit Musik zum Sportplatz. Es waren durchschnittlich Leute, die noch nicht wahlberechtigt sind, und von denen man nicht mehr erwarten kann, als daß sie bei jeder schmutzigen Bemerkung ihrer Redner über die Sozialdemokratie in Gelächter ausbrechen. Einer der Redner, Herr Braun, der Sozialdemokratie nicht halt Herr Braun Herrn Varnat nominiert hätte. Ein anderer, und zwar der volksparteiliche Warrer Luther, erzählte den Stahlhelmlinglingen etwas von „unserem geliebten Hohenzollernhause“, während Herr Wulle die Parole für den kommenden Sonntag in die Worte legte: „Der Geist von Potsdam gegen den Geist vom Aurfürstendamm“. Was will man mehr erwarten, als daß die 15- und 16jährigen Burischen ihm hier großen Beifall sollten. Sie verstehen zwar nichts von Politik und nichts von ihren Schulaufgaben, aber ihre Erziehung in den Stahlhelmvöbänden als Tugend und Minimumslieder hat sie bereits das Leben und die Verunsicherung aller derjenigen gelehrt, die nicht wie Bismarck, Bismarck und Karlowich den vrenchischen Staat um Millionen von Mark betrogen haben.

Die Sozialdemokratische Partei wird der Veranstaltung der Infanterie und der Söhne bzw. Führer der Berliner Präsidentschaft des Reiches am Mittwochabend eine wichtige Gegenüberstellung der arbeitenden Schichten entgegenstellen. Sie hat sich am Sonntag mit einer umfangreichen Hausagitation, an der sich Tausende von Genossen beteiligten, beanlagt. Dagegen traten die Kommunisten durch eine Straßenkundgebung in die Öffentlichkeit.

Der Kandidat des werktätigen Volkes und der Republikaner

Der Präsidentschaftskandidat Otto Braun, Ministerpräsident a. D., wendet sich an die Wählerinnen und Wähler mit folgender Rede:

Wählerinnen und Wähler!

Stierig Millionen erwachsener Deutscher haben ein Recht mich zu hören. Nur zu wenige können ich sprechen. Darum wende ich mich an alle durch das gedruckte Wort.

Für den zweiten Präsidenten der Deutschen Republik ist nur ein Programm möglich: Fortsetzung des Werkes, das mein vereinigter Freund, Reichspräsident Friedrich Ebert, begonnen hat.

Als Oberhaupt der Deutschen Republik war Ebert von anerkannter Unparteilichkeit. Das hat ihn nicht gehindert, sich mit den Massen des werktätigen Volkes, denen er entstammte, unablöslich verbunden zu fühlen und den Ideen treu zu bleiben, für die er die Zeit seines Lebens gekämpft hatte.

Er hat die demokratische Republik, die allen Männern und Frauen, gleiche staatsbürgerliche Rechte verleiht, als die einzige Staatsform erkannt, in der das deutsche Volk noch leben kann. Seine Erkenntnis hat sich gegen alle Anfeindungen durchgesetzt. Aber noch bedarf die Republik an allen Stellen, besonders an ihrer Spitze des Schutzes durch überzeugte Republikaner.

Wir dürfen den Sieg nicht denen gönnen, die gestern noch im Kampf gegen die Republik standen, und die heute noch nur widerwillig, nur mit halbem Herzen sich zu ihr bekennen. Die Republik hat die alten Farben deutscher Freiheit und Einheit, Schwarz-Rot-Gold, wieder zu Ehren gebracht. Wir wollen diese Farben als die der Nation wert und heilig halten: wer sie beschimpft, beschimpft die Nation. Die Vergangenheit wollen wir nicht schmäheln. Doch sind wir verpflichtet, aus ihren schweren Fehlern zu lernen.

Unsere Zeit vertritt kein Herrenregiment! Der mündige Staatsbürger hat auch als wirtschaftlich tätiges Glied des Volkes ein Recht auf achtungsvolle Behandlung und menschenwürdiges Dasein. Nach vielfährigen harten Entbehrungen ist der Drang der werktätigen Massen, teilzunehmen an allen Kulturwerten der Menschheit, doppelt verständlich und berechtigt. Verkündet und bekräftigt ist auch der Ruf der durch wohl-demagogische Versprechungen betrogenen Später nach sozialer Gerechtigkeit.

Unsere Zeit vertritt auch kein Spielchen mit verhängnisvollen Ideen aus der Zeit der deutschen Zerrissenheit. Nicht Miswirtschaft, sondern die Verfassung zur alten Bundesstaatsform, sondern die Entwicklung zur Einheitsrepublik ist unser Ziel. Nur in freier staatlicher Zusammenfassung kann Volk und Wirtschaft wieder gesund und erstarren.

Die Reinheit des öffentlichen Lebens, an der es unter allen Staatsformen leider viel gefehlt hat, kann nur hergestellt werden durch die Befestigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und durch jene öffentliche Kontrolle, die das System der Demokratie gewährleistet. Sie wird nicht erreicht durch Verleumdungsfeldzüge, die einige großkapitalistische Konzerne finanzieren, um ihre Alleinherrschaft aufzurichten.

Reinheit des öffentlichen Lebens und echte Demokratie sind mit der Herrschaft großkapitalistischer Konzerne über Staat und Volk nicht vereinbar.

Das alles sind Grundgedanken Friedrich Eberts, zu denen auch ich mich bekenne.

Auch nach außen bedarf unser Volk, wie der verstorbenen Reichspräsident Ebert erkannte, zu seinem Wiederaufstieg des Friedens. Sollte er seinen unheilvollen Stimmungen nachgeben, die nach dem Abbruch des Landes in vorteiliger Verweisung schon verloren gaben und von seiner späteren Zurückberufung träumen, dann ginge jetzt Deutschland tödlich verurteilt einer dunklen Zukunft entgegen.

Erinnert Euch, von wem und mit welchen Waffen — von der giftigen Verleumdung bis zum Mord aus dem Hinterhalt — Ebert und seine Mitarbeiter wegen ihrer Friedenspolitik bekämpft wurden! Heute sind diese Kritiker und gefährlichen Gegner genötigt, genau dieselbe Politik zu treiben.

Erkennt die Wählerinnen und Wähler, wie Ihr durch monarchistische und internationalistische Zerrfährungen betrogen worden seid! Gegen sie rufe ich Euch zum Kampf, nicht für meine Person, sondern für die Zukunft unseres arbeitenden und leidenden Volkes, für die großen Ideen, denen Friedrich Ebert gebuhrt hat!

Es lebe die Republik!

Berlin, 20. März 1925.

ges. Otto Braun.

Vom Magdeburger Verleumdungsprozess

Magdeburg, 21. März. Bei Beginn der heutigen Sitzung wird Frau Kensch-Köpenick vernommen, die 1918 in einem Betrieb in Berlin als Sortiererin tätig war und ebenso wie ihre Arbeitskolleginnen am dritten Tage des Streiks teilnahm. Die Zeugin war auch bei der Trentower Versammlung und sagt aus, den Frauen sei hauptsächlich darum zu tun gewesen, zu erfahren, wie sie sich zu verhalten hätten, da sie die schwere Arbeit nicht verkraften wollten. Auf Zuruf habe Ebert gesagt: „Wartet, bis wir von den Gewerkschaften bzw. den Deputierten angefordert werden. Die Arbeit wird wieder aufgenommen werden.“ Von Gestellungsbesehlen sei die Rede gewesen; was darauf beantwortet wurde, davon weiß die Zeugin nichts mehr. Auf wiederholte Fragen erklärt die Zeugin, Ebert habe gesagt, daß die Arbeit aufgenommen werde.

Der nächste Zeuge, Marohn, erklärt, auf dem Alexanderplatz habe er Leute getroffen, die von der Trentower Versammlung kamen und saßen, daß die Gestellungsbescheide nicht mehr befolgt zu werden brauchten. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß mit dem Eintreten der SPD in die Streikleitung die Zahl der Streikenden sich vermehrt habe.

Kaufmann Steffe aus Albershof hat 1918 in seinem Konsumwarenladen mit Teilnehmern an der Trentower Versammlung gesprochen. Die Funktionäre saßen, wie er sagte, der Streik schnell zu Ende gehen, da die SPD in die Streikleitung eingetreten sei. Ebert habe in der Versammlung gesagt: „Wer Gestellungsbescheide bekommt, muß sich an die sozialdemokratische Partei wenden, diese wird sich um die Sache bemühen.“

Der nächste Zeuge, Dreher Simon, der der Trentower Versammlung beigewohnt hatte, bezeugt: Ebert erklärte, die Gestellungsbescheide brauchten nicht befolgt zu werden.

Darauf wird die Auslage des kommissarisch vernommenen Professors Dr. Alfred Weber-Heidelberg verlesen, der im Januar 1918 im Reichsgericht tätig war. Er hatte sich um eine schnelle Beilegung des Streiks auf dem Wege der Verhandlung bemüht und zu diesem Zweck mit Ebert und Scheidemann verhandelt. Ebert habe im Laufe der Verhandlung, es läme alles darauf an, daß Waltraf noch eine Deputation empfangen, damit der Streik möglichst rasch beendet werde. Eberts Verhalten sei in keiner Weise das eines Mannes gewesen, der den Streik fördern oder zu parteipolitischen Vorteilen ausnützen wollte.

Fortsetzung der Verhandlung Montag.

In Sachen Major Henning

In der Privatklage des Reichstagsabgeordneten und Major a. D. Wilhelm Henning-Berlin, gegen den Redakteur des „Volkstreuers“, Hermann Kadel, erging in der Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Karlsruhe C 5 vom 9. Januar 1925 folgendes Urteil:

Der angeklagte Redakteur Hermann Kadel wird wegen Verleumdung gem. §§ 186, 200 R. St. G. B. zu 10 M. Geldstrafe und den Kosten verurteilt. Der Kläger hat das Recht, das Urteil einmal im „Volkstreuers“ zu veröffentlichen.

Es handelt sich in dem Falle um den Abdruck einer Notiz aus den Julitagen 1922 in Sachen Mordhilfe der Deutschnationalen, in der behauptet wurde, daß in Osnabrück ein Mann namens Hörslein schuldig geworden sei, der im dringenden Verdacht der Teilnahme an dem Mord Erzbergers stand. Dieser Hörslein ist ins Ausland entkommen und zwar durch die Unterstützung der deutschnationalen Organisation in Osnabrück, deren Führer der Parteisekretär Landwehr und der Fabrikant Fremdling f. Bt. verhaftet wurden. Dann ließ es in besagter Notiz, daß die beiden Verhafteten gestanden hätten, daß sie dem Hörslein in der Vernehmung, daß er an der Ermordung Erzbergers beteiligt ist, mit Geld und falschen Papieren zur Flucht verholfen hätten und darüber hinaus geschrieben hätten, daß Major a. D. Henning in der gleichen Vernehmung wie sie, daß es sich um einen Mitschuldigen am Erzberger-Mord handele, die Stadt Osnabrück unterstütze und finanziere habe.

Das Gericht hat die geringe Strafe deshalb ausgesprochen, weil es den Wahrheitsbeweis für die Behauptung, Henning habe in der Annahme, daß es sich um einen Mitschuldigen am Erzberger-Mord handele, die Stadt Osnabrück unterstütze und finanziere, zwar nicht für vollständig, aber für nahezu geführt erachtet.

Nicht verwiesen ist nach dem Urteil die Behauptung, daß Henning bestimmte angenommen habe, Hörslein sei einer der Erzberger-Mörder. Anmerkung hat der Richter bei der Urteilsbegündung vermerkt, nicht nur die Sache des Verurteilten der deutschnationalen Partei für die Regierungsbürokratie Osnabrück, des deutschnationalen Parteisekretärs Landwehr und des deutschnationalen Fabrikanten Fremdling sei nicht schwer, sondern auch Henning habe nach der Beweisüberzeugung seinen Grund nicht wegen Beteiligung in dieser Angelegenheit zu rühmen, auch sein Verhalten sei, wie der Richter sagte, nicht einwandfrei.

Sagenstich-Prozess

Landtagsabgeordneter Lothar Mager auf der Anklagebank

Am Samstag wurde die Vernehmung des Angeklagten Mager, Mitglied des badischen Landtags und der deutschnationalen Fraktion aufgenommen. — Der Angeklagte Mager war wie Sonntag Logenbruder und beide waren vertriebene Eläster. Die Anklage beschuldigt Mager der Verunglimpfung und Verhöhnung über Sonntag die Briefbeschlagnahme verhängt war, hat Mager ihm Briefe überreicht und ihm den Ausschlußbericht der Untersuchungskommission des badischen Landtags über die Zustände auf dem Sagenstich angeliefert. — Die folgenden Verhandlungen wandten sich nun in der Hauptsache der Frage zu, ob diese Ertügelungen der Untersuchungskommission des Landtags tatsächlich strafrechtlichen Charakter trugen oder nicht. Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Wehler wurden die beiden Landtagsabgeordneten Dr. Olschner und Dr. Mager als Zeugen geladen. Der Angeklagte Mager bestritt, daß der Bericht des Untersuchungskomitees des Landtags vertraulich gewesen sei.

Landtagsabgeordneter Mager erklärte, in die Einzelheiten der Gründung der Land- und Siedlungsbank seien die Landtagsabgeordneten nicht eingeweiht worden. Es sei die Rede davon gewesen, daß die Verhandlungen mit dem Untersuchungskomitee vertraulich sein sollten, ob aber ein Verstoß gegen die Vertraulichkeit sei im Landtag sehr schwer zu umgrenzen. Es sei dann festgestellt worden, daß Schwärzereien von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion gemacht worden seien. Diese hätten einen derartigen Umfang angenommen, daß man nichts mehr dabei gefunden habe, auch den Angeklagten näheres mitzuteilen.

Angeklagter Mager erklärte, sein Parteivorsitzender Mager habe ihm den Bericht des Untersuchungskomitees gegeben, aber nicht gesagt, ihn vertraulich zu behandeln. (1) Zu der Vernehmung „Volkstreuers“ sei damals ein Artikel erschienen, der eine genaue Kenntnis der Protokolle zur Verurteilung hatte. Von ihm, Mager, habe Sonntag den Bericht nicht erhalten. Der Angeklagte Sonntag wird nun unter Eid als Zeuge geladen. Er sagt, von einer Stelle, die er nicht mehr nennen könne, habe er zwei kleinere Auszüge aus dem Landtagsbericht bekommen. Von Mager habe er den ganzen Bericht nicht erhalten.

Sodann wird der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Olschner als Zeuge geladen. Er erklärt für jene Beratungen im Untersuchungskomitee sei die Vertraulichkeit proklamiert worden. Zeuge hätte es für ausgeschlossen gehalten, daß ein Parteimitglied einer Partei den Angeklagten den Bericht zugänglich macht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen soll festgestellt werden, woher Sonntag den Bericht des Untersuchungskomitees hat. Verschiedene Zeugen werden hierüber gehört, aber es wird nichts bestimmtes festgestellt. — Schließlich kommt noch der Vorwurf der Verunglimpfung gegen Mager zur Sprache. Der Angeklagte Mager erklärt, er habe von der über Sonntag vom 8. bis 12. August 1920 verhängten Briefzensur nichts gewußt. — Sonntag als Zeuge geladen, sagt, er wisse nicht, ob er durch Vermittlung des Mager Briefe erhalten habe. — Damit ist der Fall Mager abgeschlossen. Am Schluß der Sitzung wird noch eine von Sonntag an das Sagenstich-Unternehmen erfolgte

Transmissionslieferung besprochen und eine Heberforderung des Briefes festgestellt. Der Bericht bezieht diese Sache weiter aufzuklären. Nächste Sitzung Dienstag vormittag 8 Uhr.

Aus dem Freistaat Baden

Ordentliche Tagung der evang. Landesynode

Zweite öffentliche Sitzung

In außerordentlicher Kürze konnte die Synode ihre ganze Tagesordnung erledigen, jedoch eine weitere Sitzung nicht mehr nötig ist. Den Hauptgegenstand der Beratungen und Beschlüßfassungen bildete der Bericht des Kirchenpräsidenten vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher Kirchensynodenrat im Gegenstand auf dem Traktat der Einkünfte im Reichsbannerjahr vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926 betr.: Der Finanzausfluß hat den Voranschlag gutgeheißen; er empfiehlt keine ungewandelte Annahme. Die einzelnen Positionen werden nacheinander aufgerufen, zu erledigen gibt der Berichterstatter seinen Bericht. Bei Hof 6 (Gehalt des Kirchenpräsidenten) beantragte Abg. Dietrich (H.), daß seitens des Kirchenpräsidenten im Gegensatz zum Beschluß des Karlsruher

Deutscher Reichstag

Berlin, 21. März.

Das Abelfpandgesetz wird in dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über den Verkehr mit unedlen Metallen. Darnach sollen die Vorschriften dieses Gesetzes nicht für den börsenmäßigen Terminhandel in unedlen Metallen gelten.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Kreditgewährung an den gewerblichen Mittelstand

berichtet dann
Abg. Wienbeck (D.N.). Der Ausschuss ersucht die Reichsregierung, zur Willehrung der augenblicklichen Kreditnot der selbständigen mittelständigen Gewerbe die Reichsbank zu ersuchen, eine Summe von 80 Millionen Mark der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse und der Genossenschaftsbeteiligung der Dresdener Bank als Darlehen auf ein Jahr baldmöglichst zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, die daraus zu gewährenden Kredite an die Kreditnehmer der gewerblichen Kreditgenossenschaften zu einem wesentlich billigeren als dem bisherigen Zinssatz weiter zu geben. Sollte die Beschaffung der Summe auf diesem Wege nicht möglich sein, so soll diese aus Mitteln der Reichspost zur Verfügung gestellt werden. Im Einverständnis mit den Spitzenverbänden der mittelständigen Gewerbe und des gewerblichen Genossenschaftswesens sollen weitere Maßnahmen erwoogen werden, um dauernd die notwendigen Kredite für den gewerblichen Mittelstand zu beschaffen und zu verbilligen.

Abg. Drehschütz (Wirtsh., Ver.) beantragt, daß die Kredite nicht mehr an die Kreditgenossenschaften, sondern allgemein an die gewerblichen Kreditinstitute gegeben werden sollen.

Abg. Esser (Ztr.) spricht sich gegen den Antrag aus, der dann abgelehnt wird. Der Ausschussbeschluss wird darauf angenommen.

Abg. Dr. Schneider-Hüringen (D.N.) berichtet dann über die vorläufige Entschädigungsregelung. Bei der Kollage aller diejenigen, die durch Liquidations- und Gewalttätigkeiten betroffen worden sind, war eine vorläufige Regelung erforderlich. Es sind Mittel im Reichsbudget bereitgestellt, die bald zur Verteilung gelangen sollen. Damit soll der endgültigen Regelung der Entschädigungsfrage nicht vorgegriffen werden. Der Ausschussantrag wird angenommen. Angenommen wird ohne weitere Anträge der sozialdemokratische Antrag auf Sicherung der Wahlfreiheit.

Es folgt dann die

erste Lesung des vom Ausschuss für Bildungswesen eingebrachten Gesetzentwurfes über den Lehrgang der Grundschulen

Abg. Dr. Munkel (D.N.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss schlägt folgendes Gesetz vor: Der Lehrgang der Grundschule umfasst vier Jahresklassen (Stufen). In einzelnen Fällen können besonders leistungsfähige Schüler unter Zustimmung der Grundschulbehörde mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach drei Jahren zur Aufnahmeprüfung für eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden. Das Gesetz soll ab 1. April d. J. in Kraft treten. Die näheren Bestimmungen sollen durch Landesgesetzgebung ebenfalls bis zum 1. April d. J. geregelt werden.

Abg. Schred (Soz.) befürwortet einen Antrag, für die Grundschule allgemein eine Dauer von 6 Jahresklassen zu bestimmen, befristet werden soll die Bestimmung, daß besonders leistungsfähige Schüler in drei Jahren in eine höhere Schule übergeben können. Nach den Wünschen der Sozialdemokraten soll das Gesetz auch erst am 1. April nächsten Jahres in Kraft treten.

Abg. Meinhänder (Zentr.) betont die Notwendigkeit, die Kinder aller Kreise im Sinne der Volksgemeinschaft zusammenzuführen. Die Volksschule soll von der Klasse aller Volksschüler getragen werden. An den 4 Jahren der Grundschule soll nicht getrennt werden. Die Hineinziehung der Vorklasse in die Grundschule lehnt der Redner ab. Die Schule soll der Kinder wegen da sein, nicht umgekehrt. Begabten Kindern müsse die Möglichkeit des Übergangs zur höheren Schule schon nach drei Jahren gegeben werden. Die Menschen sind nun mal nicht alle gleich.

Abg. Dr. Munkel (D.N.) warnt davor, durch sachliche Änderungsanträge die Verabschiedung der Vorlage zu verzögern. Im Namen der Regierungsparteien legt er selbst einen Änderungsantrag vor, wonach beim Lehrgang der leistungsfähigen Schüler zur mittleren oder höheren Schule nach drei Schuljahren nicht die Zustimmung, sondern nur die Anhörung des Grundschullehrers erforderlich sein soll. Das Volk mit der besten Schulbildung werde immer an der Spitze sein.

Abg. Körner (D.N.) begründet eine Entschließung, die eine Vorlage fordert, nach der die Lebenshaltung- und Bildungskosten für hochbegabte Kinder, die zum Übergang in eine höhere Schule geeignet sind, in vollem Umfange vom Reich, den Ländern und Gemeinden getragen werden. Der Redner wendet sich gegen die Bestrebungen der Rechtsparteien, die die Grundschule zu verengen wollen.

Abg. Frau Lang-Krumm (Wohr. Vp.) hält auf Grund der guten Erfahrungen in Bayern an der vierjährigen Grundschule fest. Von Prüfungen solle man nicht allzuviel halten. Sie geben im allgemeinen kein richtiges Bild. Die Bayern lieben sehr wenig die Unterrichtung und Schematisierung. Hochbegabte Schüler seien nur selten. Nur wenn man die Leistungsfähigkeit festgestellt hat, kann man die Schüler mit gutem Gewissen in die höheren Schulen nehmen. Das liegt im Interesse des Kindes wie des Staates.

Abg. Scheller (Komm.) wirft den bürgerlichen Parteien vor, sie pflanzten in die Seele der Kinder den Gedanken des Klassenstaates.

Abg. Dr. Mumm (D.N.) erklärt, daß die Wünsche der Deutschnationalen gerade den unbemittelten Klassen zugute kommen sollen. Für die Bemittelten sei das gleichgültig, aber nicht für die unbemittelten, also die Grundschule um ein Jahr verlängert werde. Damit schlägt die Vorlage.

Abg. Frau Hülf (Soz.) beantragt Zurückverweisung an den Ausschuss.

Zur Feststellung der Reichstufbarkeit muß Namensaufruf erfolgen, da die Sozialdemokraten und Kommunisten und ein Teil der Demokraten den Saal verlassen haben. Es werden nur 172 Karten abgegeben. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Präsident Lobe beräumt eine neue Sitzung um 3 Uhr an. Auf der Tagesordnung stehen kleine Vorlagen. Schluß 3 Uhr.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung kurz nach drei Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Ausschussbericht betr. Ausnahmetarife der Reichsbahn für Erz und Kohle. Der Ausschuss beantragt, die Ausnahmetarife für den Eisenbergbau aus den Bergbaugebieten an Sieg, Lahn, Dill, Oberhessen und Lenachobarten Gebieten, sowie die Ausnahmetarife für den Brennstoffbezug der Gruben und Eisenhütten zu ermäßigen. Die Reichsregierung wird ferner ersucht, den Reichslag von Vierteljahr zu Vierteljahr über die Betriebsverhältnisse, Verlehrsleistungen und Geschäftsergebnisse der Reichsbahn Bericht zu erstatten. Der Antrag wird nach kurzer Aussprache angenommen.

Zur Beratung steht das Handelsabkommen mit Guatemala. Bei der Abstimmung begünstigt Abg. Penning (D.N.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Die kommunistische Bluttat für systematischen Arbeitermord

Die Kommunisten provozieren Zusammenstöße, um nach blutigen Ereignissen gegen die Sozialdemokratie hingen zu können

In der Freitagssitzung des Reichstages wurden die blutigen Vorgänge in einer kommunistischen Versammlung in Halle besprochen. Der Kommunist Koenen, einer der erbärmlichsten und gewissenlosesten Burschen innerhalb der KPD, war von den deutschen Moskowitern als der strupelloseste Verleumder der Sozialdemokratie vorgeführt worden. Aber das politische Verbrechen, das die kommunistischen betrogenen Wähler in ihrer kommunistischen Reichstagsfraktion zusammengewählt haben, erfährt am Freitag eine Antwort, die die Herrschaften nicht vermutet hatten. Genosse Crispian rückte ihnen derart scharf auf den Leib, daß die Moskowitern in heller Wut aufschrien. Crispian hat mit der Zeit einsehen müssen, was wir bisher im „Volkstfreund“ schon seit Jahr und Tag energisch vertreteten, daß mit dem irrenhäußerischen Radikalismus und mit dem politischen Verbrechen der Kommunisten weder Politik zu machen ist, noch daß mit dieser Partei und allen ihren Angehörigen unmöglich irgend ein Paktieren auf irgend einem Gebiete tragbar ist. Wir lassen Crispian's Rede auszugsweise hier folgen:

Abg. Crispian (Soz.):

Jeder Mensch, der mit uns menschlich fühlt, dürfte nicht nur die Toten und Verletzten von Halle und Berlin beklagen, sondern auch tiefes Mitleid mit den betroffenen Angehörigen empfinden.

Minister Severing hat im Landtag erklärt, daß eine besondere Kommission nach Halle geschickt worden ist, die eine einwandfreie Untersuchung vornehmen soll. Er hat ferner deutsch erklärt, daß er das politische Verbrechen gegen die ausländischen Kommunisten nicht deal, er hat den Polizeipräsidenten Ranne entlassen und die Säuberung der Polizei von ungeeigneten Elementen verschprochen.

Lebtrens haben die beiden geheimnisvollen ausländischen Kommunisten, von denen ich annehme, daß sie mehr Zerkelner als Enkländer und Franzosen sind, sich ungeschützt in Preußen und Deutschland bewegen können und sie sind nach den halbeschen Vorwürfen in Magdeburg, Breslau und Dresden aufgetreten. (Lärm bei den Kommunisten.)

Auch nach unserer Überzeugung hätte in Halle ein Untersuchungsverbot verhängt werden müssen, wenn die verantwortlichen Polizeibeamten nicht den Kopf verloren hätten. Wir müssen unter keinen Umständen, daß Polizeibeamte in eine Misse von Menschen hineinschießen; aber es liegt kein Grund vor, auf Grund dieser Ereignisse allgemeine Schlußfolgerungen zu ziehen.

In Halle scheinen sich auch Provokateure unter die Versammlungsbesucher gemischt zu haben, denn es sind doch drei verschiedenartige Geschoße gefunden worden.

Wir wissen ja, daß die ganze kommunistische Bewegung mit Spitzeln und Provokateuren durchsetzt ist, die ja durch die allgemeine Taktik der Kommunisten geradezu geschützt werden.

Ob genug (zu den Kommunisten gewendet) geben Sie Ihre eigenen Parteigenossen, wenn Sie der bürgerlichen Klassenjustiz in die Hände gefallen sind, trenlos als Spittel dreis. Nicht nur Neumann und Hohenhardt, ich kenne persönlich verdächtene kommunistische Führer aus Württemberg, die mit unter vier Augen ihr Verbot ausgesprochen und gelobt haben: „Säßen wir nicht die Gefangenen, dann besäßen wir gar kein Agitationsmittel gegen die Sozialdemokratie.“ (Hört, hört! bei den Soz. Lärm bei den Kommunisten.)

Was haben nun die verantwortlichen Kommunisten in Halle getan, um das Blutvergießen ihrerseits zu verhindern? Ihr Vertauensmann Hertel, der seitdem nicht mehr auffindbar ist, hatte vor der Verlamlung ein Protokoll unterschrieben, wonach er von dem Verbot gegen die Teilnehmer und von der Absicht der Polizei, einzuschreiten, falls dieses Verbot nicht befolgt würde, Kenntnis genommen hatte. Daraus kann man ersehen, daß es diesen Volkshelden gar nicht darum zu tun ist, Arbeiterblut zu sparen, sondern daß sie sich freuen, wenn Arbeiterleben auf dem Schlachtfeld bleiben und sie damit ihre zusammenbrechende Bewegung immer wieder auffrischen können. (Lärm bei den Komm.) Ich kenne diese bolschewistische Bewegung viel gründlicher, als man ein Novembervolksbewußt, der heute die Führung an sich gerissen hat — es kommt den kommunistischen Führern gar nicht darauf an, Zusammenstöße zu vermeiden, vielmehr schreibt die „Rote Fahne“ Tag für Tag: Sawohl, wie wollen Zusammenstöße, wir wollen aus dem Stutvaterischen Agitationsloshof gewinnen für unsere Bewegung.

Ebenso wie die Rede von Koenen ist das, was täglich in der „Roten Fahne“ geschrieben wird, so stumm und so maßlos stehen: Unfallversicherung, Lehrgang der Grundschule, Anträge der Junglehrer, kleine Vorlagen. Schluß gegen 1/2 5 Uhr.

Am Auhschuss des Reichstages setzte sich der Abg. Berk (Soz.) für seinen Arbeitsplan ein und erklärte, der Vorwurf, die Rechtsgrundlage verlegt zu haben, werde der Regierung nur in Bezug auf die 706 Millionen Zahlungen für die Rücklieferungen gemacht. Daher müsse dies grundlegend für die Arbeiten des Ausschusses sein. Der Vorsitzende empfiehlt darauf die Fortführung der Verhandlungen über folgende drei Probleme: 1. Wieviel wurde bezahlt? 2. Sind die Zahlungen zu hoch gewesen? 3. Sind die Schäden überhaupt nicht vergütet worden? Bei den nun folgenden Abstimmungen wird der Antrag freigegeben angenommen, daß zunächst einmal die im Arbeitsplan des Abgeordneten Berk erwähnten Arten der Reichsregierung dem Ausschuss vorgelegt und geprüft werden sollen. Schließlich wurde fast einstimmig die von dem Abg. Berk in seinem Arbeitsplan genannten Arbeitsanträge als vorläufig allgemeine Richtlinien angenommen. Dann verlas sich der Ausschuss auf den 2. April.

Der Ausschuss für die Anschließung des Reichstages beschäftigte sich mit der Anregung, das Andenken des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert durch Anbringung einer Büste oder eines Porträts im Reichstage zu ehren. Die Entscheidung fiel zuun Gunsten der Aufstellung einer Büste aus. Der Ausschuss kam jedoch noch nicht zu einem endgültigen Beschluß, da die deutschnationale Fraktion sich noch nicht entschieden hatte.

roh überleben, daß ich gar nicht begreifen kann, wie ein Mensch, der noch nicht reif ist für ein Irrenhaus, eine solche Zeitung lesen kann. Ist nicht gar in der „Roten Fahne“ vom 15. März allen Ernstes behauptet worden, die sozialdemokratischen Parteiführer hätten das Blutvergießen von Halle planmäßig herbeigeführt, weil sie fürchteten, daß Thälmann zu viel Stimmen bekommen würde und weil sie daher so viel wie irgend möglich kommunistische Wähler losziehen lassen wollten. (Schallende Heiterkeit. Unruhe bei den Kommunisten.) Auch der halbesche „Klassenkampf“ bringt eine fette Ueberschrift: „Proletariermord, um Thälmann's Wahl zu verhindern.“ (Große Heiterkeit.) Darauf nur nebenbei eine Bemerkung: Man schreibt von den „Barmat-Sozialisten“ und scheidt dann einen „Barmat-Kommunisten“ vor, um diese Sache zu verteidigen. (Andauernde härmliche Heiterkeit.)

Der Redner bringt Beispiele dafür, wie die Arbeiterschaft in der bolschewistischen Republik Sowjetrußland behandelt wird. Es sind gegenwärtig in Rußland fast 2 Millionen Arbeiter erwerbslos. Trotzdem werden die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter so systematisch angetrieben, daß sie von ihren Tausenden nur als Kasernen sprechen. Die roten Gewerkschaften sind Organe der Behörden. Bis vor kurzem wurden russische Arbeiter, bei denen auch nur ein sozialistisches Flugblatt gefunden wurde, alsat erschossen, nicht scheidt — an sie in die Gefängnisse, Eiswästen und Seuchengebiete.

Die russische Erziehung wird von den Bolschewisten auf Deutschland übertragen mit dem Resultat, daß hier die politischen Kämpfe verroben müssen, weil diese bolschewistische Arbeiterschaft Menschenleben nicht achtet und Rußland gegen politische Geener auf Grund ihrer Erziehung nicht kennen lernt.

Wer jemals Demonstrationen des sogenannten Roten Frontkämpferbundes in Berlin gesehen hat, dem tut das Herz weh, wenn er sieht, wie Kinder, die kaum oder überhaupt noch nicht der Schule entwachsen sind, durch die Straßen als Klassenkämpfer gegen die Bourgeoisie und gegen die Sozialdemokratie geführt werden. (Zuruf: als Rußland.) Die Führer aber, die diesen traurigen Mut besitzen, Kinder der Gefahr von Zusammenstößen auszuweichen, schein, wenn irgend etwas passiert ist, inognisio in irgend einem Krorzi oder sonstwo und suchen dort sozialdemokratischen Schutz und Hilfe nach. (Hört, hört!)

Der Redner geht dann auf die Behandlung der Sozialisten in den russischen Gefängnissen ausführlich ein, auf die vielen Fälle von Hungerstreiks, Selbstmorden und erinnert

an die von Sinowjew angeordnete Erschießung von 80 ungeschulden Menschen, die aus dem Gefängnis herausgeholt wurden, als Vergeltung für das Attentat auf Verkt.

Unter allgemeiner Bewegung des Hauses erzählt Crispian von seinem Erlebnis mit dem amerikanischen sozialistischen Ehepaar Schwarz, das zu gleicher Zeit wie Dittmann und er nach Moskau gereist war, um den Anstich seiner Partei an die Dritte Internationale zu vollziehen. Willkürlich seien die beiden Schwarz in Moskau verschwunden. Von ihm, Crispian, befragt, ob Sinowjew zunächst die erlogene Antwort, sie seien verreckt, dann wurde zugegeben, sie hätten Suizidversuch, dann wurde ihnen bei ihrer eigenen Weisheit versichert, sie würden freigelassen. Erst mehrere Wochen später tauchte Schwarz in Berlin, vor Alter nicht wieder zu erkennen, allein auf: Seine Frau, die von ihm getrennt in einem Gefängnis saß, in dessen Hof jede Nacht Menschen erschossen wurden, war in den Hungerstreik getreten, um zu erzmüden, daß sie vor ein Gericht gestellt würden. Erst als sie infolge des Hungerstreiks im Sterben lag, wurden sie an die Grenze abgehoben und die Frau, eine Mutter von acht Kindern, ist in Rußland geblieben. (Lebhafte Mißstimmung bei den Sozialdemokraten, großer Lärm bei den Kommunisten.)

Crispian fährt fort: Es ist eine Pflicht und eine Notwendigkeit, das deutsche Proletariat von solchen gewissenlosen Menschen, die sich Arbeiterführer nennen und mit klassenbewußtem Proletariat nichts gemein haben, zu reinigen, damit wir endlich unsere Aufgabe in der Arbeiterbewegung erfüllen können. (Bravo und Händeklatschen bei den Sozialdem.)

Wir sind täglich bemüht, uns der Opfer der kommunistischen Führer anzunehmen, aber so rasch können wir nicht arbeiten, wie die KPD, der deutschen Klassenjustiz neue Opfer liefern.

Ich bedauere es auf das tiefste, daß man gegen die kommunistische Bewegung in Deutschland mit Unterdrückungsmahnahmen vorgeht, weil solche Maßnahmen der Bewegung immer nur über ihre innere Krise hinweghelfen und weil man ihr damit nur Gelegenheit gibt, agitatorische Schlagworte in die Massen zu werfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Die kommunistische Bewegung bringt sich vielmehr selber um.

Ihre ganze wahnsinnige Revolutionsromantik bricht zusammen. Sie steht vor ihren Anhängern als diejenige, die Versprechungen gemacht hat, die nicht einzulösen sind. Weil aber die kommunistischen Führer ihren eigenen Verzug vor den betrogenen Massen nicht eingestehen wollen, deshalb diese persönlichen Beschimpfungen, diese Verhöhnung der Vermissten der Arbeiter gegen die Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten, andauernder Lärm bei den Kommunisten.)

Da sich das Büro des Reichstages nicht einigen kann, muß erneut namentliche Aussählung erfolgen. Es werden 207 Karten abgegeben. Das Haus ist also erneut beschlußfähig.

Präsident Lobe beräumt eine neue Sitzung um 3.30 Uhr an. Auf der Tagesordnung stehen kleine Vorlagen. Schluß gegen 3.25 Uhr.

Präsident Lobe eröffnet die dritte Sitzung kurz nach 3.30 Uhr. Die Petitionen werden entsprechend den Ausschussbeschlüssen erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Wenderung des Gesetzes über die Erstattung von Reichsausschaltgebühren in Armeniasachen.

Abg. Meyer-Berlin (Soz.) wendet sich dagegen, daß eine solche Angelegenheit, bei der die Ansichten des Hauses weiter auseinander gehen, als das Handelsabkommen mit Guatemala, vor leerem Hause erörtert wird.

Ein Regierungsvorredner erklärt, daß der Staat selbstverständlich den Reichstag für den Armen arantieren. Die einzelnen Paragraphen der Vorlage werden in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Vor der Schlußabstimmung bemerkt Abg. Dittmann die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es folgt nochmals namentliche Aussählung. Es werden 190 Karten abgegeben. Das Haus ist also wieder beschlußfähig.

Präsident Lobe beräumt nunmehr die nächste Sitzung auf Dienstag, den 1. März, um 3 Uhr an. Auf der Tagesordnung

stehen: Unfallversicherung, Lehrgang der Grundschule, Anträge der Junglehrer, kleine Vorlagen. Schluß gegen 1/2 5 Uhr.

Am Auhschuss des Reichstages setzte sich der Abg. Berk (Soz.) für seinen Arbeitsplan ein und erklärte, der Vorwurf, die Rechtsgrundlage verlegt zu haben, werde der Regierung nur in Bezug auf die 706 Millionen Zahlungen für die Rücklieferungen gemacht. Daher müsse dies grundlegend für die Arbeiten des Ausschusses sein. Der Vorsitzende empfiehlt darauf die Fortführung der Verhandlungen über folgende drei Probleme: 1. Wieviel wurde bezahlt? 2. Sind die Zahlungen zu hoch gewesen? 3. Sind die Schäden überhaupt nicht vergütet worden? Bei den nun folgenden Abstimmungen wird der Antrag freigegeben angenommen, daß zunächst einmal die im Arbeitsplan des Abgeordneten Berk erwähnten Arten der Reichsregierung dem Ausschuss vorgelegt und geprüft werden sollen. Schließlich wurde fast einstimmig die von dem Abg. Berk in seinem Arbeitsplan genannten Arbeitsanträge als vorläufig allgemeine Richtlinien angenommen. Dann verlas sich der Ausschuss auf den 2. April.

Der Ausschuss für die Anschließung des Reichstages beschäftigte sich mit der Anregung, das Andenken des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert durch Anbringung einer Büste oder eines Porträts im Reichstage zu ehren. Die Entscheidung fiel zuun Gunsten der Aufstellung einer Büste aus. Der Ausschuss kam jedoch noch nicht zu einem endgültigen Beschluß, da die deutschnationale Fraktion sich noch nicht entschieden hatte.

Unterhaltung und Belehrung

Rain

Eine Erzählung aus dem großen Bauernkrieg von Bruno Schönfelder

(Fortsetzung)

„Das Kindle gefällt mir gar nicht, die roten Baden kommen vom Fieber, das Köpfe ist ganz heiß“, antwortete die Bäuerin. „Kam das der Trant aus Blutwurz und Taufengeltraut es ein bißle beruhigt hat. — Vorhin hat es von den Englein im Himmel geträumt, daß sie mit ihm gespielt hätten. Es will auch ein Engeln werden!“

„Seidenei, das ist ja was ganz Arges!“ rief die Magd erschrocken, „das ist ja schrecklich! Es wird doch nicht —!“

„Ein Engeln werden“, ergänzte mit schmerzlichem Lächeln die Mutter. Aber gleich fuhr sie fort: „Warum auch nicht? Vielleicht wär es das Beste fürs Marietele und für mich. Dann brauchte ich niemand mehr, hielte mich niemand mehr auf der Welt zurück, dann wären Sorg und Elend mit einem Male vorüber.“

Die Magd sah ihre Herrin entsetzt an. Wie konnte man nur so etwas sagen! Sie wußte nichts zu antworten und brachte bloß die paar Worte heraus: „Redet doch nicht so, Bäuerin!“ Schnell lief sie hinaus, kam aber sofort zurück und sagte: „Morgen geh ich in den Wald und suche Lungenkraut; das gibt einen heilkräftigen Saft, der alle Gebrechen vertreibt. Dann muß das Marietele gesund werden, ob es will oder nicht!“

Sie wartete auf Antwort, zum mindesten auf Zustimmung. Als aber die Frau nichts sagte, sondern wortlos wie geistesabwesend erst sie ansah und dann in das Feuer blickte, hielt es die Magd nicht länger in der Stube aus und ging in den Stall, um das Vieh zu füttern, dessen Gesellschaft ihr angenehmer war als die verängstigte Frau mit dem todtranken Kind.

Nun konnte die Bäuerin ihren Gedanken wieder nachhängen. Sie bewegte sich ungeschicklich in dem gleichen Kreislauf weiter. Eigentlich mußte sie zufrieden sein, sie die Frau des einzigen Großbauern im Weiler, sie die Feinzeit darob von den anderen Mädeln der Gegend beneidet worden war, denn wohl alle wären gern an ihrer Stelle gewesen. Nur ihr allein war der wilde Lambert, der Eggenbergbauern ältester Sohn, gleichgültig; vergebens hatte sie sich gewehrt. Was hatte sie davon, daß sie als beneidete Großbäuerin auf dem Eggenberghof saß? Fünf Jahre waren es schon, fünf lange, die Jahre, ohne Glück und ohne Freude, ohne Liebe und ohne Sonne — — — Wie schön hatte sie sich das Leben auf dem Hofe gedacht, allerdings an der Seite eines anderen, des jüngeren Bruders. Seit fünf Jahren war er nun verschollen. Es hieß, er sei irgendwo in ein Kloster als Mönch eingetreten. Mehr wußte sie nicht, auch fragte sie nicht danach, es hatte doch keinen Zweck. Auf immer war er für sie verloren. Warum hatte sie damals die Werbung Lamberts angenommen? Warum dem Geliebten entsagt? Die Angst um sein Leben, um sein Seelenheil, die fürchterliche Drohung des Bruders hatten sie gezwungen gemacht.

Das war der Anfang der Ehe. Dann kam das Kind, elend von Geburt an. Sie hatte geglaubt, daß es etwas Sonnenschein in das düstere Haus bringen würde. Vergebens war diese bescheidene Hoffnung gewesen. Es brachte der Mutter nur Sorge und Herzeleid, dem Vater Enttäuschung und Mißfallen, weil es nicht kräftig und gesund werden wollte. Es fehlte der Kleinen die rechte Lebenskraft. Konnte es denn anders sein? Es glüht einem dünnen Lichtlein, das noch einmal aufleuchtet und hell brennt, zumeist aber am Verlöschen ist. So schlich es schwächlich und verächtlich durch das Leben, den Eltern zum Vorwurf, sie noch mehr trennend. Noch war das Kind klein, und nahm alles als selbstverständlich hin, noch machte es keine Bergleise, noch fragte es nicht. Wenn es aber größer würde, dann würde das Versehen kommen, und damit auch Fragen, die Antworten verlangten. Was sollte sie denn sagen? Böse und schlecht war ja der Vater nicht, nur eigenwillig und jähzornig, hart und herzerkalt. Ihm sagte die blasse, stille Frau und das verschüchterte, trankliche Kind nicht zu, er wünschte Kraft, Gesundheit und lautes Leben um sich. Dazu stand der verschollene Bruder zwischen ihnen und die schreckliche Drohung, mit der Lambert die Werbung erzwungen hatte. Wußte sie nicht Angst und Furcht vor ihm haben? — Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn sie ebenfalls tantig und harten Sinnes oder das Kind ein Bub gewesen wäre, ein kräftiger, trohiger Bub wie einst der Vater, ein Bub, der schon jetzt in Stall und Feld hinter dem Vater herstampfte, dem jede Wildheit, jeder Streich von vornherein verziehen war. Aber so hatte das Kind nur Furcht vor dem Vater und verlor sich am liebsten, wenn er zornig oder schlecht gelaunt schien. War das aber nicht selbstverständlich? Hatte sie nicht auch Angst vor ihm, trotzdem er sie noch nie mit Schlägen bedroht hatte, wie es sonst in Bauernhäusern nicht selten vorkam. Neuerdings waren sie sich fremder denn je geworden, und er hatte für Mutter und Kind sowie für das ganze Anwesen keine Zeit mehr übrig; es schien ihn nicht im geringsten zu bekümmern, daß das Kind dahinsiechte und die Wirtschaft den Krebsgang ging. War er wirklich einmal längere Zeit daheim, so führte er höchstens prahlerische Reden von Gewalttat und späterem Reichtum.

So spann sie den traurigen Faden ihres Lebens weiter. Nur wenn das schlummernde Kind unruhig wurde, unterbrach sie kurze Zeit den Gedankenstrom, nahm die Kleine in den Arm und schaukelte sie leise. Gern hätte sie ihr ein Liedlein vorgesungen, aber keins kam über ihre Lippen, die das Singen verlernt hatten. Die Kleine verhe-

so war sie als Kind genannt worden, hatte den Gesang jetzt längst verlernt. Versuchte sie es dennoch einmal, so verstummte sie schnell wieder, denn tonlos und gebrochen war die früher so jubelnde, klare Stimme, die ihr den Namen eingebracht.

Da hörte sie plötzlich laute Männerstimmen vor dem Hause, auch schienen schwere Wagen vorzufahren. Sehr unterschied sie die Stimme ihres Mannes und ihres Bruders von fremden; auch die Magd hörte sie rufen. Es kamen sicher wieder Fremde mit, die dann über Nacht blieben. Da mußte sie schleunigst ein Nachtmahl richten, denn Lambert wartete nicht gern. Bescheiden legte sie das schlafende Kind nieder, brannte einige Kienpäne am Herdfeuer an und stellte ein paar Kerzen, den Stolz des Hauses, bereit, weil ihr Mann deren angenehmes Licht besonders liebte. Raum war sie mit den Vorbereitungen fertig, so naheten sich Schritte der Türe. Sie wurde aufgereizt, und Lambert trat mit zwei Männern ein. Den älteren hatte sie schon bei ähnlichen Gelegenheiten gesehen, es war der Fuchslöcher von oben aus dem Wald, den anderen, der mehr wie ein Landsknecht ausah, kannte sie dagegen nicht.

„Grüß Gott“, riefen die Eintretenden.

„Schön warm und angenehm ist's hier nach dem Sauerdraußen“, begann Fuchslöcher, der Bäuerin die Hand reichend, während sich der andere schweigend in der Stube umhah. „Lange werden wir heute nicht bleiben“, fuhr Fuchslöcher fort, „wollen uns nur ein wenig verschmücken, dann geht's wieder weiter. Wir holen nämlich die Waffen, die hier lagern, sie kommen jetzt wo anders hin, wo sie notwendiger sind — was?“ rief er den anderen zu.

„Will ich meinen“, antwortete der Eggenberger. „Fort sollen sie aus dieser saulen Ruhe. Hier würden sie nur verrotten oder vermodern, und sollen doch Blut kosten. Andere Fiede sollen sie bekommen, zwar auch rote, aber vom Blut, wie es sich für Handwaffen geziemt, auch Scharten und Sprünge, und Beulen durch Stich und Hieb. Bald, hoffentlich recht bald werden sie die Bluttaufe erhalten. Bring das Essen“, rief er seiner Frau zu. „Gib, was in Küche und Keller ist, richte so gut und so viel du hast. Nach auch mehr Nist, fiede Kerzen an und laß das Kienzeug ruhen. Ein Festessen soll es heute sein! Sobald wird es nicht wieder vorkommen, daß du mich mit Gähnen im Hause siehst. Vielleicht ist es gar das Letztmal!“

Schweigend gehörte die Frau, zu den Männern gewandt sprach Lambert weiter: „Der Sturm bringt noch Regen, es wird eine böse Nacht, und wir werden froh sein, wenn wir sie hinter uns haben. Drum wollen wir uns erst noch einmal ordentlich kochen und auswärmen. Ich schleiche nicht gern wie ein Dieb nachts durchs Land und habe auch nie Angst auf meinen Wegen, wenn es sich um mich handelt; aber dieses Mal geht es nicht anders, obwohl mir gerade heute ein Dach über dem Kopf recht lieb wäre. Ein paar Wagen mit Waffen meilenweit durchs Land fahren, geht leider am Tag nicht!“

„Bis das Nachtmahl fertig ist, könnten wir die Waffen aufladen“, meinte der Unbekannte. „Ich dachte, wir bringen mit denen in der Stube an, es sind, wie du sagst, die besten; die mögen in den Wagen nach unten kommen, weil sie da am geschüttesten sind.“

„Ich habe nichts dagegen“, sagte der Fuchslöcher, „je schneller wir damit fertig sind, desto besser.“

Fluggäste über Karlsruhe

Von Kurt Maier, A. Müppur

Nach dem schönen Gelingen der 1. Badischen Luftfahrtausstellung, veranstaltet vom Karlsruher Luftfahrerverein, hatte die Karlsruher Bevölkerung in den letzten Tagen Gelegenheit, sich von der Zuverlässigkeit der Fliegerei zu überzeugen. Am die während der Luftfahrtausstellung aufgebundene Flugpost zu befördern und dem rührigen Karlsruher Luftfahrerverein einen Besuch abzustatten, trat letzten Montag der bekannte Kriegspiloter H. E. d. in Begleitung des Vertreters der Heinkel-Flugzeugwerke, Herrn W. K. d. e. l. l. e. r., mit dem Heinkel-Schulflugzeug D 510 hier ein. Er besuchte am selben Tage noch die Post, die schon längst an Ort und Stelle eingetroffen gewesen wäre, wenn nicht die Bad. Luftfahrtgesellschaft, wie mitgeteilt wurde, die beiden vom Karlsruher Luftfahrerverein bestellten Flugzeuge auf dem Flughafen hier zu landen dringend gewarnt hätte. Es hat sich jedoch dieser Nachtschiff nach der in den letzten Tagen nähen unangenehmen Witterung als hervorragend geeignete Landestelle erwiesen. Am einen der letzten Tage wurde nahezu vier Stunden lang alle Viertelstunde gestartet und gelandet, ohne daß der Flug unangenehm erschienen wäre. H. E. d. e. l. l. e. r., der bekannte langjährige Kampfpiloter, Gewinner des Silbernen Rundfluges und des Reichspräsidentenpreises, der schon im vorigen Jahre für den Karlsruher Luftfahrerverein mit allerbestem Erfolge Kunstflüge ausübte, ist von Wöblingen hierhergefliegen.

Es war Gelegenheit gegeben, während vieler Rundflüge sich von der Zuverlässigkeit und Betriebssicherheit des Heinkelflugzeuges zu überzeugen. Dieser neue Schuldoppeldecker der Heinkelwerke warneinmal wurde mit der Absicht konstruiert, ein sehr geeignetes Flugzeug für die Ausbildung von Land- und Seefliegern zu schaffen. Unter Anschluß an die neuesten Erfindungen des Flugzeugbaues, wurde besonderer Wert darauf gelegt, dem Flugzeug bestimmte Flugleistungen zu geben und daneben auch für Kunstflüge verwendbar zu machen. Der Gesamtanbau ist in allen seinen Teilen klar und einfach gehalten unter besonderer Berücksichtigung einer guten Motoranlage. Der 120 P.S. Mercedesmotor ist auf einem stabilen Fundament gelagert, das mit vier Bolzen an entprechende Befestigung der Numpfhölzer befestigt ist. Das abnehmbare Numpfbordteil trägt gleichzeitig die Kühlungslage und die übrigen zum Motor gehörigen Aggregate, wodurch das gesamte Triebwerk in kürzester Zeit ausbauen- und verstellbar und dadurch die Möglichkeit gegeben ist, das vollständige Triebwerk einer eingehenden Prüfung vor dem Einbau zu unterziehen. Die Tragwerke befinden sich zur Herabminderung gegenseitiger Beeinträchtigung in weitem Abstande und sind stark gestützt, wodurch für die Anfahren ein besonders günstiger Gesichtswinkel erzielt wird. Das Flugzeug hat eine Spannweite von 10 Meter bei

einer Länge von 7,25 Meter und einer Gesamthöhe von 2,95 Meter. Das Leergewicht beträgt etwas über 14 Zentner, die Zuladung 270 Kilo, wodurch die Maschine bei Vollast etwa 880 Kilo wiegt. Während der Stunde beträgt die Horizontalfahrt etwa 145 Kilometer in der Stunde beträgt, ist die Steigfähigkeit 1000 Meter in 4 Minuten, 2000 Meter in 9 Minuten, 3000 Meter in 13 Minuten. Am oberen Tragebalken sind die beiden Benzintanks eingebaut, die den Motor mit Brennstoff für vier Volltriebstunden versehen, wodurch das Flugzeug einen Aktionsradius von etwa 570 Kilometer besitzt. Nicht nur die Steiggeschwindigkeit, sondern auch die Wendigkeit ist sehr gut, das Flugzeug liegt fest in der Kurve und hat keine Neigung zum Zudeln. Mit der Maschine lassen sich alle Kunstflüge leicht ausführen. — Die Karlsruher Bevölkerung sieht, daß der Karlsruher Luftfahrerverein seine Mühe und Kosten scheinbar, um im Flugwesen ausübend zu wirken, und wird dafür sicher dankbar sein.

Theater und Musik

Künstlerhaus

Musikalische Komödien-Abende

Dr. Erich Fischer hat wieder seinen Herbstkonzerten Hingeworfen und uns an vier Abenden seine Komödien ausgearbeitet. Es hat darunter ganz prächtige Werke, die gleichsam unter Glas und Mahlen nur gezeigt werden können, damit sie daran nichts beschädigt werden kann. Dr. Fischer und seine künstlerische Assistentin Frau Dr. Helene Fischer haben noch und noch alle literarischen Mumpfskammern aus und wissen mit feinen Instinkten alle verschimmelte, aus dem Rahmen gefallene oder vollständig verblüdete Gebilde wieder so glänzend zu restaurieren, mit einem kräftigen Firnis wieder aufzufrischen oder mit andern bewährten Mitteln ihrer Künstlerwerkstatt neu zu beleben, daß man an diesen Stücken seine helle Freude haben muß. Es bleibt sich ganz gleich, was da zusammengeleimt wird, man sieht, daß ein Wilhelm Busch mit der Lodenperücke des Ritter v. Glud sich ganz ausgezeichnet „frisieren“ läßt, und daß Offenbach immer noch mit seinen musikalischen Einfällen überaus, trotzdem er „doch lang schon tot“. Für den Kammerkonzert, mit dem diese prächtigen Stücke aufgeführt werden müssen, hat Dr. Fischer ausgezeichnete Vermittler gefunden. Claire Fache kann nicht nur viel, sondern sie kann alles. Sie sieht ihren Mann am Maßstab und ist ein reizvolles stieliches Hofstadtmädchen, das ein weiches Stimmchen hat, und dem der Schall fest im Nacken sitzt. Die Künstlerin, die neben ihrem Musikern eine große, bei den Frauen selten anzutreffende Improvisationsgabe besitzt, bringt alles unerschrocken, feinsinnig und nicht im mindesten mit Effektsucht behaftet. Irene Hartner, die Herrin Wah und Heilich haben dieser Künstlerin, wenn auch nicht ebenbürtig, so doch mit mancherlei künstlerischen Ausprägung, gegenüber.

Der auf einander vorzüglich eingestellten Truppe sollte noch ein kleines Kammerorchester zur Verfügung stehen und ein Bühnenorchester, der eine größere Bewegungskraft zuleist, dann wäre ein Ideal gefunden, an dem sicherlich jedermann sich noch des Tages Laben ergötzen könnte. Hoffentlich findet die breitere Masse beim nächsten Gastspiel den Weg zu diesen ganz herrlichen musikalischen Komödien.

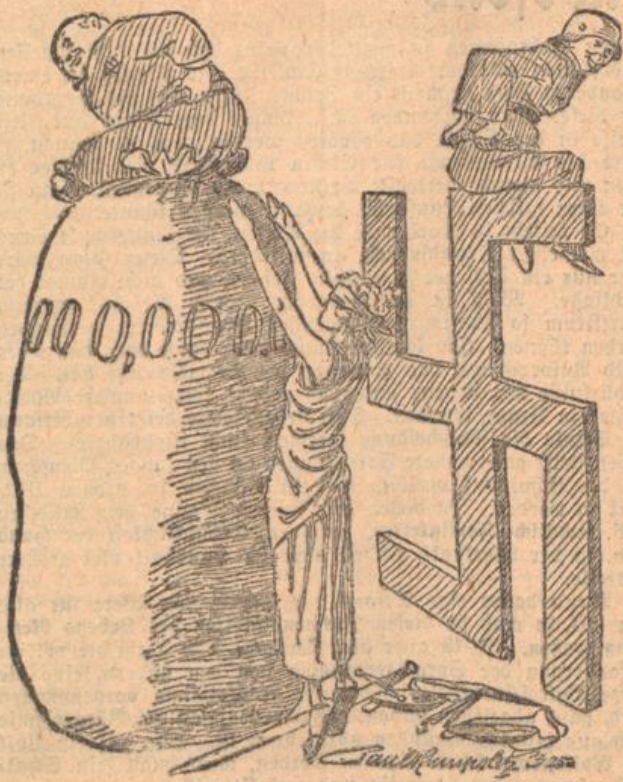
Konzerte und Vorträge

Arienabend Adolf Baittinger. In diesen Tagen überfüllt sich nur so die künstlerischen Veranstaltungen in unseren Konzertsälen. Aber die Zeiten sind nicht die besten. Wir könnten in altes Ries anstimmen nach der abgelebten Melodie: Wer Geld hat, der ist mit wo anders und wer kein hat... das vielleicht das Glück am Ende noch mit einer Feiertage ein schönes Konzert zu hören! So ist es denn schon und wir die berühmten Namen finden bester ausverkaufte Häuser. In der Reihe der ausstehenden Veranstaltungen ist der durch ein früheres Auftreten bekannte Tenor Adolf Baittinger mit seinem Arienabend der erste. Er hatte die bekanntesten Arien oder Duetschstücke aus Opern von Richard Wagner, Mozart, Meyerbeer, Puccini, Massenet und Leoncavallo gewählt. Solche Vorträge sprechen natürlich viel leichter auf die breite Masse der Hörer an, als weniger bekannte Stücke. Und Adolf Baittinger hat in der Tat einen starken Publikumsverlocker. Er hat von Natur aus ein ganz prächtiges Material, über das er nur noch nicht frei genug verfügt um es völlig auszunutzen. Seine mächtige Stimme hat viel Metall und gibt sich speziell in der Höhe breit aussehend. Musikdirektor Georg Hofmann vom Landestheater begleitete gewandt und sorgfältig stützend.

Klavierabend Joseph Schell. Wir konnten durch Beschneidung nur die zweite Hälfte des Programms hören. Sie begann mit einer Locata (Opus 2) von Franz Schubert. Joseph Schell gab sich reichlich Mühe als routinierter Klavierspieler seinem Namen mit einem zeitigen Abend zu festigen. Aus den an dritter Stelle vereinigten Klavierkonzerten von Johannes Brahms holte er viel Stimmung heraus und hatte auch ein Verhältnis zu ihnen gewonnen, so daß die Art seiner Auffassung überlegte. Mit Variationen Raffioger großer Werke von Bach und Beethoven sind wir hier unglücklicherweise durch die ersten Pianisten etwas verdrängt und finden dadurch den Abstand selbst bei einer guten Durchschnittsleistung (wie e. h. hier der Fall war) etwas groß. Indessen schämen wir J. Schell als einen guten Klavierspieler und das kann man sein auch ohne jene dazugehörige Gestaltungsstärke, und hoffen, ihn künftig als Pianisten an unseren Konzertsälen nach hier schägen zu lernen. Es wird im Anschluß an die Prüfungsvorspiele des Konservatoriums über Schell noch einiges nachzuholen sein. at.

Landestheater. Am Dienstag, 24., findet neuinstudiert eine Aufführung von Andersson's Komischer Oper „Bauer und Schlosser“ statt, die seit 20 Jahren nicht mehr im Spielplan erschienen ist. Die Neuinstudierung wurde auf das sorgfältigste vorbereitet, die Spielleitung hat Herr Oberregisseur Duffard die musikalische Leitung Herr Kapellmeister Schwoeppe. Zu den Hauptpartien sind beauftragt die Damen Josef-Loschitz, Stedert, Wenzel und Joebisch, sowie die Herren Josef, Rander, Neuwirth, Peters und Dr. Wucherpfennig. Beginn 7 Uhr. Am Sonntag, 20. d. Mts., gelangt Suppe's mit so großem Beifall aufgenommene Operette „Boccaccio“ mit Frau Hofmann-Dremer in der Titelrolle zur Wiederholung. Am Dienstag, 21. d. Mts., findet das neuinstudierte Singspiel „Der König von den Inseln“ statt. Zur solistischen Mitwirkung wurde Frau Kammerjangerin Luise Müller von der Staatsoper in München gewonnen. Für die in diesem Konzert stattfindende Aufführung der Alt-Oper „Die Entführung“ hat sich die Theaterhalle Karlsruhe liebenswürdig zur Verfügung gestellt. Wegen noch andauernder Erkrankung des Frä. Marie „Don Gil“ von den grünen Hosen“, in der Frä. Franz die Hauptpartie gubeacht ist, wiederum verabschiedet werden. — Statt dessen zur Aufführung erzwungen. Die Oper gelangt voraussichtlich am Sonntag, den 19. April, zur hiesigen Aufführung.

Der Arm der Gerechtigkeit.



Bis da hinauf langt er nicht!

Gewerkschaftliches Aus der Zigarrenindustrie

In Bad Dürkheim haben die Verhandlungen zu einem neuen Reichstaxtarifabschluss geführt. Die ungünstige Lage in der Industrie haben die Fabrikanten weidlich ausgenützt, indem sie gegen alle Forderungen der Arbeitervertreter den größten Widerstand entgegensetzten.

Gemeindepflicht

Mannheim. Aus dem Stadtrat. Der Stadtrat beschloß zum Gedächtnis des verstorbenen Reichspräsidenten der neu zu erbauenden Redarbrücke den Namen „Friedrich-Ebert-Brücke“ zu geben.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 37, Rehl 148, gef. 6, Maxau 325, gef. 4, Mannheim 289 gef. 18 Zentimeter.

Der Erfolg der Sozialdemokratie in der Aufwertungsfrage

Der frivole und grandiose Wahlschwindel der Deutschnationalen aufgedeckt — Die Deutsche Volkspartei, die Landwirtschafter und die Wirtschaftspartei als deutschnationale Helfer — die Lutherregierung steht mit den Nationalisten unter einer Decke

Ein besonders frivoles Schindludererstück haben die Deutschnationalen in der Aufwertungsfrage mit den immer wieder in ihren Hoffnungen so graulich betrogenen Gläubigern und Sparern getrieben. In abfälliger Verlogenheit haben sie mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei bei den Wahlen im vorigen Jahre die arbeitslosen Verleumdungen gemacht und dann im Reichstage, nachdem sie selbst mit an der Regierung gekommen sind, alle Verleumdungen gründlich labortiert, die eigenen Wahlverheißungen in die Tat umzusetzen. Bis zum Tode Eberts wurde das trügerische Spiel in größter Gewissenlosigkeit gespielt — jetzt stehen sie plötzlich vor der Präsidentenwahl und sie wollen den Reaktionskarristen als ihren und der Kapitalisten besten Interferenzkandidaten auf den Präsidentenstuhl bringen.

schuß zu überweisen und in der vorigen Woche seine Beratung verlangt. Leider haben wir dabei keine Unterstützung gefunden. Dagegen hat der Ausschuß gestern nach der Regierungserklärung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, sich bis auf weiteres zu verziehen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Alle diese Vorgänge sind für uns neue Gründe, um die sofortige Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung zu verlangen. Wir halten mit aller Bestimmtheit daran fest, daß die Fristenverlängerung nur bis zum 31. Mai beschloffen wird. Wir wollen verhindern, daß das Gesetz noch über dieses Datum hinaus verschleppt wird. Wir wollen auch der Beunruhigung vorbeugen, die mit einer weiteren Verlängerung verbunden sein könnte. Die bisherige Behandlung der Aufwertungsfrage hat große Beunruhigung unter den Gläubigern und Sparern hervorgerufen, und auch politische Folgen interessanter Art gehabt. Die größte Organisation der Gläubiger und Sparrer, der Hypothekengläubiger- und Sparrer-Schutzverband, der bisher den Parteien der Rechten unbedingtes ergeben war, hat beschlossen, bei der Präsidentenwahl Gewalt bei sich zu nehmen, also Stimmenthaltung zu üben, und sich für den zweiten Wahlgang alles vorzubehalten. Aus diesem Beschluß ergibt sich, daß das Vertrauen dieser Organisation in die Rechtsparteien erschüttert ist. Welche Erregung wird erst eintreten, wenn die Gläubiger erfahren, daß die Regierung als Maximum der Aufwertung eine Erhöhung von 15 auf 25 Prozent vornehmen will. (Hört, hört! bei den Soz.) Das bedeutet, daß im wesentlichen alles aus der dritten Notenverordnung beim alten gelassen werden soll. Heute, wo Industrie und Handel wieder rasch gefunden, wo die Geldbilanzen starke Reserven aufweisen, wo die Mittelschichten hohe Dividenden zahlen, wo der Großgrundbesitz gute Geschäfte macht, werden die Gläubiger entsetzt sein, daß der Maginallatz von 15 auf 25 Prozent erhöht werden soll. Mit Wahngelächter werden die Gläubiger und Sparrer auf die Wahlversprechen der rechtsgerichteten Parteien zurückgreifen, von denen mir ganze Berge voller Enttäuschungen zugelandet werden. Ich lege ein deutschnationales Flugblatt auf den Tisch des Hauses nieder. Auf der Vorderseite sind eine Reihe von Schuldenverleumdungen abgedruckt, mit der Unterschrift „Wählt deutschnational, wir sorgen für die Aufwertung“. (Stürmisches Gelächter im Hause.) Aus dem Text der Rückseite einige Sätze.

Wir lassen hier im Auszuge die Rede unseres Genossen Keil in der Freitagssitzung des Reichstags folgen, die unseren Lesern zeigen wird, wie die Rechtsparteien mit den Gläubigern und Sparern Schindluder bisher gespielt haben und noch zu spielen gedenken.

Hg. Keil (Soz.):

Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen Zusatzantrag gestellt, wonach die Fristen in Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 1. März 1924 bis zum 31. Mai verlängert werden sollen. Dasselbe gilt für das Inkrafttreten des Gesetzes und für alle infolge dieser Veränderung erlassenen Vorschriften. Der Justizminister hat in seiner Erklärung heute das wesentliche wiederholt, was gestern im Ausschuß mitgeteilt worden ist. Die Regierung will in der nächsten Woche den Inhalt der Beschlüsse des Kabinetts der Öffentlichkeit bekannt geben. Wir sehen dieser Kundgebung mit Spannung entgegen. Was ihre Erklärung anbelangt, daß der Gesetzentwurf schon in der nächsten Woche den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden wird, so mag sie schon verzeihen, daß wir dem kein großes Vertrauen entgegenbringen. Schon einmal vor 6 Wochen hat die Regierung uns das Gesetz binnen drei Wochen versprochen; und ist bis heute keine Vorlage zugegangen. Uns will es scheinen, als ob mit Rücksicht auf die Wahl noch geäußerte Tritone vorgenommen werden sollen, bevor die Vorlage an die Öffentlichkeit kommt. Wir verstehen die Zurückhaltung der Regierung und ihre Beforgnis vor der Wirkung ihrer Absichten. Aber ist es zulässig, daß sie aus Angst vor den Gläubigern und Sparern breite Volkskreise noch länger in Unklarheit und Spannung halten will. In die Absichten der Regierung läßt es tief blicken, daß Hg. Herzt gestern noch sagte, manche Punkte der Regierungsvorlage würden den Wünschen der Deutschnationalen nicht entsprechen und es müßte durch Verbesserungen nachgeholfen werden. Damit werden sie keinen denkenden Menschen täuschen können. Wenn es den Deutschnationalen mit ihrem Wahlversprechen ernst gewesen wäre, so hätten sie nicht bis jetzt warten brauchen, sondern für die Grundzüge des Reichstages Gesetzentwurfs eintreten können. Aber gerade dieser Gesetzentwurf, an den die Gläubiger und Sparrer so viele Hoffnungen geknüpft haben, hat lange Monate gebraucht, ehe er in der eigenen deutschnationalen Fraktion des Herrn West die Unterschriften zur Unterzeichnung gefunden hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Vorige Woche endlich ist es Herrn West gelungen, 16 seiner Fraktionsgenossen zum Unterschriften zu gewinnen. Unter ihnen befindet sich aber nicht ein einziges Mitglied der deutschnationalen Fraktion. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben beantragt, den Gesetzentwurf sofort an den Aufwertungsaussch

„Der Vater der Dritten Steuernotverordnung ist der Finanzminister Dr. Luther.“ (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Sparrlagen sind zu mehr als 85 Prozent konfiguriert worden, der Rest wurde den Schuldnern geschenkt. Die Deutschnationalen erhöhen die Forderung nach dem Antrag von Herzt und Steininger auf Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung.

Zum Schluß wird gesagt: Die Deutschnationalen seien entschlossen, alle Kräfte für ihren Antrag einzusetzen. Deshalb hätten sie beschlossen, auf eine sichere Stelle der Reichsliste den Wortkämpfer der Aufwertung, Oberlandesgerichtsrat West, zu setzen und auch den Abgeordneten Steininger wieder in den Reichstag zu bringen. Aus allen diesen Gründen wählt deutschnational! (Große Heiterkeit.)

Heute steht es bei den Deutschnationalen aus einem anderen Besche. Am 28. Februar hat in der „Kreuzzeitung“ der Führer der Deutschnationalen Graf Westphal, einen Artikel veröffentlicht, in dem er erklärt, der Abgeordnete West sei nicht in die deutschnationale Fraktion gewählt worden, um dort seine Forderungen durchzusetzen, sondern um sich in der Fraktion mit den Hausbesitzern, den Landwirten und der Industrie auseinanderzusetzen. Vor Tisch las mans anders. (Sehr richtig! bei den Soz.) Da wurde gesagt, Herr West werde gewählt, um seine Forderungen durchzusetzen. Wir wissen weiter von den Auseinandersetzungen zwischen Herrn West und Steininger auf der einen Seite und den Vertretern des Kapitals in der deutschnationalen Fraktion. Sie haben zu dem Ergebnis geführt, daß diese beiden dem gewaltigen Uebergewicht des Großkapitals entgegen. Die Spitzenvereinigungen der Wirtschaft, die Verbände der Deutschnationalen haben eben in deren Fraktion ein viel gewichtigeres Wort als die Vertreter der Gläubiger und Sparrer. Diese kommen jetzt immer mehr zur Ueberzeugung, daß an ihnen ein grandioser Wahlbetrug verübt worden ist. (Stürmisches Sehr wahr! bei den Soz.) Um diesen Wahlbetrug aufzudecken und um Klarheit zu schaffen, darum haben wir unseren Antrag gestellt und erwarten dessen Annahme. (Lobhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Druckarbeiten aller Art liefert die Buchdruckerei „Volkshfreund“, Luisenstraße 24.

HAL PAUS RARITÄT Die unübertroffenen Qualitäts-Cigaretten

Karlsruher Chronik

Geschichtskalender

23. März. 1819 Der Dichter August v. Hoffmann in Mannheim ermordet. — 1913 Einweihung des Breslauer Gewerkschaftshauses. — 1918 Litauen wird unabhängiger Staat.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Am Mittwoch abend 8 Uhr im kleinen Rathssaal Fraktionsführung. Jedes Fraktionsmitglied hat zu erscheinen.

Du sollst nicht lügen

Ein Leser unseres Blattes schreibt: Der „Volksfreund“ veröffentlichte am 21. März einen Artikel mit der Überschrift: „Das verbotene Choralspiel von der evangelischen Stadtkirche“. Nach diesem Bericht wies Herr Kirchenpräsident D. Wurtz in der Sitzung der Landesynode am 19. d. M. darauf hin, daß er das Spielverbot erteilen mußte, weil der Artikel des Innenministers Kemmle im Festbuch so einseitig parteipolitisch geschrieben sei.

Ausgerechnet auf den Beitrag des Ministers Kemmle wies der Herr Präsident hin, den gesamten Republikanertrag meinte er. Das entschiedene Eintreten des Reichsbanners für die Republik, welches im Festbuch zum Ausdruck gelangte, hat es diesem frommen Kirchenmann angetan. Weil man sich aber an irgend jemandem rächen will, zerrt man die Person des Ministers in den Vorbergrund.

Wir Republikaner fühlen den Schmerz des Herrn D. Wurtz. Als sehr konservativen Herrn muß es ihm begreiflicherweise ein amiesentribelndes Gefühl in den Hofen verursachen, wenn jemand in entschiedener Weise politisch anders will, als Herr Wurtz gerne möchte. Sogar den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert mußte Herr Wurtz mit in die Debatte hereinziehen. Wir sind der Überzeugung, daß der verstorbenen Reichspräsident wirklich kein Interesse daran hatte, ob der Präsident der baptischen evangelischen Kirche, welcher viele Tausende von Republikanern angehört, Gebete für den Reichspräsidenten anordnete. Früher, unter der Monarchie haben die Herren Kirchenpräsidenten ungemein fleißig für Fürst und Regierung beten lassen. Selbst wenn der Fürst ein notorischer Ehebrecher, Leuteschänder und Heuchler aus Tradition war. Da hat kein evangelischer Kirchenpräsident in Baden gewagt, auch nur einen Mufser zu tun. Heute rechnen die Herren mit Toleranz der Gegenseite und ignorieren die Republik mit selbstverleugendem Augenblick. Sie verlassen sich dabei auf die Götze unter ihrer Herde, die schon so — gutmütig sein werden, nichts zu merken.

Es ist uns wirklich nicht um das Verbot als solches zu tun, sondern um die Begründung, welche der Herr Präsident dem Verbot unterlegt. Daß die Öffentlichkeit an diese Begründung glauben soll, zeigt von so hergewinnender Einfalt des in Frage kommenden Herrn, daß man geneigt wäre, sich entzweigen zu lassen, wenn man nicht zugleich bemerken könnte, daß diese ganze Aktion von ohnmächtigem Haß gegen den Innenminister diktiert wurde und weil, wenn man das Festbuch zur Hand nimmt, um den Beitrag des Innenministers zu lesen, man nicht umhin kann, der Meinung zu werden, daß diese Aktion in den Parteien herbeigezogen wurde. Hätte Herr Wurtz das gesamte Reichsbanner genannt, dann könnte man noch Respekt vor ihm haben. Nachdem er aber eine einzelne Person als Vorwand nimmt, um sich am Reichsbanner zu reiben, haben wir Grund, an seiner Wahrhaftigkeit zu zweifeln. Daß der Herr Kirchenpräsident sich bei Erlass seines Verbotes ausdrücklich auf das „Festbuch“ beruft, ist geradezu lässlich. Herr D. Wurtz besaß wohl kaum im Augenblicke seiner Entscheidung ein Exemplar der Festchrift, da unseres Wissens daselben erst nachmittags ausgegeben wurde. Ein Kirchenpräsident, der nicht den Mut besitzt, die wahren Beweggründe seiner Handlung zu sagen, ist nicht nachschaffend, kein leuchtendes Beispiel für seine Glaubensgenossen und muß sich gefallen lassen, daß er von diesen seiner Handlung entsprechend eingeschätzt wird.

(1) Generalversammlung des Polizeibeamten-Verbandes. Am 18. März 1925 fand im Bundeshaus „Kaffee-Roman“ hier die jährliche Generalversammlung der Ortsgruppe Karlsruhe des Verbandes „Badischer Staatspolizeibeamter“ statt. Der erste Vorsitzende Kamerad W. H. L. Gedade in seinem Lebensbericht über das Geschäftsjahr derjenigen Kameraden, die durch Tod infolge Krankheit bzw. Unglücksfälle aus unseren Reihen geschieden sind. Im Anschluß daran gedachte er auch unseres großen Landsmanns, des in Heidelberg zur letzten Ruhe bestatteten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der ein Beispiel dafür gewesen sei, wie auch ein Mann der unteren Volksschichten in der Lage sein kann, Großes zu leisten. Die Versammlung ehrte diesen Toten, sowie die im Geschäftsjahr von uns gegangenen Kameraden durch Erheben von ihren Sitzen. Scharf gerügt wurde vom Vorsitzenden und von der Versammlung das Verhalten der höheren Beamten den unteren und mittleren Beamten gegenüber in Bezug auf Beförderung. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Unterstützung von jener Seite für die unteren und die mittleren Beamten sehr klein ist. Beweis dafür ist die Beförderung eines höheren badischen Staatsbeamten, der in einer württembergischen Zeitung seiner Freude darüber Ausdruck verliehen hat, daß die sehr kleine Beförderung, die der badische Staat seinen Beamten der Gruppe 1 bis 6 gewährt hatte, vom Reichsjustizgericht abgelehnt wurde. — Polizeikommissar Buhles, der bisherige 1. Vorsitzende, der 5 Jahre lang das monomolekular schwierige Amt mit Geduld und Takt als Vorsitzender der Ortsgruppe Karlsruhe geführt hat, lebte eine Wiederwahl ab. Ebenso lebte der 2. Vorsitzende, Kamerad Kumpf, sowie der Schriftführer, Kamerad Geyer, eine Wiederwahl ab. An ihre Stelle wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Kamerad Schreier, zum 2. Vorsitzenden Kamerad Kurrer, zum 1. Schriftführer Kamerad Buhheit. Der bisherige 1. Kassier Kamerad Näger wurde für das neue Geschäftsjahr einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand der Karlsruher Ortsgruppe wurde dahingehend erweitert, daß ihm von den uniformierten Kameraden vier und von der kriminal- und Fahndungspolizei je ein Vertreter beigegeben wurde.

(2) Aus Karlsruher Kirchenmusikerkreisen. In der musikalischen Leitung des Vereins für evangelischen Kirchenmusik — Chor der Stadtkirche — ist neuerdings eine Aenderung eingetreten. Der bisherige verdienstvolle Chorleiter Herr Hans Vogel, Lehrer am Landeskonseratorium, Organist an der evangelischen Stadtkirche und gleichzeitig auch an der kleinen Kirche hat infolge harter anderweitiger Anspruchsnahme sein Dirigentenamt niedergelegt. An dessen Stelle ist Herr Musiklehrer Hans Albrecht Wenz, der früher schon den Verein erfolgreich geleitet hat, und der durch seine musikalischen Studien auf dem Gebiet der Kirchenmusik bewandert ist und reiche Erfahrung besitzt, zum Chorleiter gewählt worden. Der Verein

Vorschläge zur Ausgestaltung des Karlsruher Volksschulwesens

Der Einführung der geplanten Bürger Schule hat sich bekanntlich die Sozialdemokratie entgegenstellt und wird sich auch weiterhin dagegen wenden. Die Gründe dafür hat unser bewährter Mitarbeiter R. W. schon des öfteren dargelegt. Aber die Sozialdemokratie beläßt es nicht dabei, daß sie nur Kritik übt, sondern die soziald. Rathsausschussfraktion will positiv an der Verbesserung des Karlsruher Volksschulwesens mitarbeiten und hat deshalb kürzlich nachstehende Vorschläge zum Ausbau der Karlsruher Volksschule dem Stadtrat unterbreitet. Der Antrag der soziald. Bürgerausschussfraktion deutet sich mit der Auffassung des größten Teil der Karlsruher Lehrerschaft sowie aller hervorragenden, fortschrittlich gesinnten Schulpädagogen und hat folgenden Wortlaut:

Vorschläge zur Ausgestaltung unserer Volksschule
Wenn auch heute die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund des öffentlichen Lebens stehen, so dürfen doch unsere Kulturfragen nicht in der Weise zurückgedrängt werden, wie es leider immer wieder von weiten Kreisen unseres Volkes — es sind dies vielfach nicht immer die einflusslosesten — geschieht. Umso mehr haben die Volkstreue, denen unsere Kulturfragen anvertraut sind, die unabwiesliche Pflicht, ihre ganze Kraft einzusetzen, um zu erreichen, daß die kulturellen Fragen ihre hohe Bedeutung im Volksleben nicht verlieren.

Es ist eine betrübliche Erscheinung, wenn man feststellen muß, daß auf dem Gebiete des Bildungs- und Erziehungswesens in den letzten Jahren auch nicht die geringsten Fortschritte zu verzeichnen sind, ja, daß die meisten grundlegenden Erziehungssachen aus dem Jahre 1919 gefährdet sind. Zu gleicher Zeit kann man beobachten, daß in fast allen Nachbarstaaten, vor allem in den früheren Feindstaaten und hier wieder zuletzt in den neuerstandenen Nationalstaaten, die Schule eine außerordentliche Wichtigkeit erfahren hat. Bald werden uns in dieser Hinsicht Vorbilder überflügelt haben, auf die wir früher mit einer gewissen Mißachtung herabgesehen haben. Man hat dort den Zusammenhang zwischen Schule und geistigem Fortschritt einerseits und dem wirtschaftlichen Aufschwung andererseits erkannt.

Doch auch bei uns werden die Verhältnisse bald stärker werden, als die hemmenden Faktoren, so daß wir wieder auf die gesunde Bahn des Fortschritts gedrängt werden. Das wirtschaftliche Leben wird uns Reformen auf dem Gebiete des Bildungswesens aufzwingen. Die politischen, wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen und sittlichen Zustände unseres Volkes werden es gebieterisch von uns fordern.

Das große Ziel der Erziehung wird nach wie vor die Persönlichkeitsbildung sein und bleiben müssen. Doch wird die Schule, mehr wie bisher, angewandt sein durch die Verhältnisse, sich darauf einstellen müssen, den jungen Menschen mehr praktische Kenntnisse mit auf den Lebensweg zu geben. Bis jetzt hat man sich auf dem Gebiete der Volksschule im allgemeinen damit begnügt, dem Kinde ein gewisses Maß allgemeiner Bildung zu übermitteln. Die Forderung soll und muß nach wie vor in vollem Umfange bestehen bleiben. Die Gegenwart, noch mehr die Zukunft, verlangt aber noch ein anderes von der Schule:

Die Erziehung lehrt, daß ein Mensch nur dann seine beruflichen Pflichten ganz und voll betätigen kann, wenn er nicht nur freudig und mit Liebe an seine Arbeit herantritt, sondern wenn er die für diesen Beruf notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse besitzt, und zwar in möglichst vollkommener Ausprägung. Aus dem können entspringen eben Liebe und Freude zur Sache. Das Resultat ist: Höchstleistungen und Qualitätsarbeit. Wäre die Möglichkeit gegeben, daß die Menschen den ihnen anliegenden Tätigkeiten entsprechenden Platz im Leben einnehmen könnten, so wäre das nicht nur für den einzelnen, sondern vor allem für die Gesamtheit von ungeheurer Bedeutung. Es ist demnach außerordentlich wichtig, daß die geistigen Kräfte, die Charakteranlagen, aber auch die mehr praktischen manuellen Veranlagungen eines Kindes frühzeitig erkannt und entwickelt werden. Das Ideal der Erziehung, alle im Kinde schlummernden Kräfte zur höchsten Entfaltung zu bringen, bleibt in ein unerreichbares Ziel. Es müßten aber in unserer Schule Einrichtungen geschaffen werden, die es dem Kinde, dem Lehrer oder den Eltern, die vielleicht eine besondere Veranlagung an ihrem Kinde entdecken, gestatten, nach freier Wahl dieses oder jenes Fach herauszugreifen, um darin eine weitere Auszubildung zu erstreben. Unsere Schule müßte daher in ihren

oberen Jahrgängen so gestaltet sein, daß die individuellen Fähigkeiten gefördert werden könnten. Die Freude an einem besonderen Fach ist meist ein Zeichen dafür, daß die Begabung für dieses Fach vorhanden ist. Könnte dem Kinde auf diese Weise in der Schule das geboten werden, was es braucht, so wäre die Berufswahl für Eltern und Kind viel leichter zu lösen und manche verfehlte Existenz wäre unmöglich, wenn sie vor einer falschen Laufbahn bewahrt werden könnte.

Es besteht in Karlsruhe die Absicht, der Volksschule einen Anstrich mit einer Fremdsprache anzugleichen. Dieser Plan wäre aber nur ein Teil der so nötigen Reform und nicht einmal der wichtigste. Wohl ist es angenehm, wenn die in unserem Schrifttum so häufig vorkommenden Fremdwörter verstanden werden können. Die logische Folge wäre dann doch, daß jedes Kind Anspruch auf das Erlernen der Fremdsprache hat. Die Bedürfnisse des Lebens sind noch andere, soweit unsere Volksschüler in Frage kommen. Das Leben sollte bei einer Reform der Schule die Entschleunigung, nicht die Beschleunigung sein. Das Leben stellt ganz andere Forderungen an den jungen Menschen, der die Schulbank verläßt, um ein Mädchen im großen Uhrwerk zu werden. Da bieten dem jungen Manne, dem Mädchen u. a. B. technische Fertigkeiten, Zeichen, Geschicklichkeit der Hand u. a. in der Werkstatt, Fabrik oder im Haushalt viel größere Vorteile.

Wenn daher eine Reform der Schule von Wert für alle sein soll, so muß sie diesen Notwendigkeiten des Lebens Rechnung tragen. Es ist aber auch Tatsache, daß durch die völlige Abschonung der Sprachgewandtheit von den anderen, eine die ganze Volksschularbeit schädigende Ausladung vorgenommen wird, ganz abgesehen davon, daß die beabsichtigte Fremdsprache auch aus sozialen Gründen abzulehnen ist. Wie soll ein Volk zur Volksgemeinschaft erzogen werden, wenn man sein Schulwesen immer mehr zersplittert?

Die Reform muß also in der Weise geschehen, daß für alle Kinder ein gewisser Kernunterricht gemeinsam ist, und nur für eine geringe Zahl von Stunden, etwa 4, die Trennung in Kurse eintritt. In diesen Stunden erhalten die Nichtsprachlicher Unterricht in solchen Fächern, für die sie besondere Veranlagung zeigen und die sie zu ihrem späteren Berufe einführen. Die Gabelung kann mit Beginn des 5. Schuljahres eintreten. Die Sprachfähiger dürfen somit 4 Jahre lang Fremdspracheunterricht, während die anderen in diesen Stunden etwa in folgender Weise gefördert werden könnten:

- 5. Schuljahr: in Deutsch, Handfertigkeitsunterricht oder Heimatkunde, Wandern und Singen.
- 6. Schuljahr: Heimatkunde, Naturkunde, Deutsch oder Zeichnen, Handarbeitsunterricht.
- 7. und 8. Schuljahr: Geometrie, gemet. Zeichen, Anfänge von Algebra; oder Physik, Chemie, Geologie, Biologie; oder Geschichte, Literatur, Kunst, Wirtschaftslehre (Geschichte).

Auf jede Woche sollte sich mit der Zeit und je nach Bedürfnis ein 9. und 10. Schuljahr aufbauen.

In die Aufbaufächer könnten noch weitere Stoffgebiete aufgenommen werden, wie Wirtschafts- und Handelsgeographie, Staatsbürgerkunde, soziale Fragen und dergl.

Am 1. mit Fremdsprache könnte sowohl für Begabte zur Höheren Schule führen, wie auch zur Gewerbe- und Handelschule.

Am 11. mit Zeichnen, Handarbeiten, Geometrie, geometr. Zeichen und Algebra zur Gewerbe- und Baugewerkschule. Für Mädchenklassen wäre der 11. mit Geschichte, Literatur etc. geeignet. Auch Nachhilfestunden ließen sich für Schwachbegabte einfügen.

Der vorstehende Plan soll ein Beispiel sein, wie ein allen augenfallender Ausbau unserer Volksschule erfolgen könnte. Es lassen sich naturgemäß auch andere Kurse einbauen. Ausschlaggebend muß das Bedürfnis des Lebens sein, nicht allein der Wunsch der Eltern.

Es mag sein, daß sich da und dort für den Anfang organisatorische Schwierigkeiten ergeben könnten. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Und mit gutem Willen lassen sich auch diese Schwierigkeiten aus dem Wege räumen. An Lehrern und Schülern wird es heute nicht mangeln und Verlehrsplan läßt kaum in Frage.

Wehr denn ist die Deutschlands Zukunft nicht abhängig von der Berufstätigkeit einer kleinen Zahl, sondern davon, inwiefern es gelingt, alle Glieder unseres Volkes als tüchtige Menschen in den Beruf und das Wirtschaftsleben hineinzuführen.

Die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion.

für evangelische Kirchenmusik hat es verstanden, sich bei allen seinen Betätigungsfeldern stets eine geistliche und dankbare Unterstützung zu sichern, so daß der Chor auch unter der neuen Leitung seinen guten Namen im Musikleben hiesiger Stadt erhalten und auch in Zukunft bewahren wird.

Heute letzter Tag zur Einsicht in die Wählerliste

Die Wählerliste für die Reichspräsidentenwahl liegt zum letztenmal heute Montag, 23. März, aus (im Konzerthaus, bis abends 8 Uhr). Wer keine Benachrichtigungspostkarte erhalten hat, melde sich unverzüglich zur Wählerliste an; andernfalls bringt er sich um sein Wahlrecht. Die Zeit bis zur Wahl ist diesmal so kurz, daß es ganz unmöglich ist, spätere Meldungen zu berücksichtigen. Nur wer nach wie vor, daß er unbeschadet die Einsichtsprüfung verfaßt hat, die mit der Auslegung am 23. abends 8 Uhr endet, kann nebenbei mit Hilfe eines Stimmzettelns sich sein Wahlrecht sichern.

(1) Die Schühengeellschaft Karlsruhe hat die Durchführung des 28. Verbandstages Baden, Pfalz und Mittelrhein übernommen. Zu dieser groß angelegten Veranstaltung soll ein würdevolles Plakat geschaffen werden, zu dessen Erwerb die Schühengeellschaft Karlsruhe im Angelegenheit ein Preis ausgeschrieben ist.

(2) Kindertransport. Am Dienstag, 24. März, abends 7.30 Uhr lehren die vom Verein Jugendhilfe im Kinderheim Schloß Friedensweiler bei Reusbad i. Schw. untergebrachten Kinder nach sechsstündlicher Kur hierher zurück.

(3) Scherkerländer Fabrikant Flach nach Rom abreist heute ist der auf Grund des Vorschlags der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden als Sachverständiger für die deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen ernannte Fabrikant Flach i. Fa. Fabrik el.-badischer Konerven Flach u. Co. G. m. b. H., Karlsruhe, nach Rom abgereist.

Karlsruher Polizeibericht vom 23. März

Unfall. In der Kaiserstraße bei der Rosenstraße wurde vergangenes Samstag abend gegen 9 Uhr ein vierradriges Handwagen, der von 3 Knaben gezogen wurde, von einem Personauto von hinten angefahren und mit den Knaben auf den Gehweg geschleudert; einer der Knaben wurde im Gesicht und Kopf leicht verletzt. Das Auto selbst, das zu schnell gefahren ist, wurde ebenfalls auf dem Gehweg geschleudert und beschädigt.

Beinahe verbrannt. Gestern abend kurz vor 9 Uhr bemerkten Polizeibeamte auf ihrem Streifengange, wie eine Frau in ihrer Wohnung in der Badhausstraße laut jammernd, wie sie fest beschloßen waren, wurde mit Hilfe eines Hausbesonders der Fensterschloß gewaltsam geöffnet. Die Polizeibeamten stiegen in die Wohnung ein und fanden die 67 Jahre alte Bewohnerin neben ihrem umgefallenen und noch brennenden Ofen auf dem Boden liegend vor. Vermutlich hat die Frau einen Schwächeanfall erlitten und ist in diesem Zustand auf den brennenden Ofen gefallen. Sie mußte in das städt. Krankenhaus verbracht werden, wo schwere Brandwunden am Rücken und Gesicht festgestellt wurden. Es besteht Lebensgefahr.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Dienstag, 24. März: Wolke, keine wesentlichen Niederschläge, Temperatur wenig verändert, nördliche Winde.

Veranstaltungen des heutigen Tages

- Bad. Landesbühne: „Lumpazibagabundus“, 7-10 Uhr.
- Lab. Lichtspiele: „Oder durch die Wüste Sahara“, 8 Uhr.
- Kolleseum: Schmitz-Weißweilers Gastspiel: „Otto der Treue“, 8 Uhr.
- Kessels-Lichtspiele: „Mund um die Ehe“, Film-Lustspiel: „Zeit als Verleumdung“.
- Palast-Lichtspiele: „Zarans Rückkehr in den Irmsd“.

Wolfsrudel in allen Apotheken u. Musikalienhandlungen
für Sänger, Redner, Kaufher

Letzte Nachrichten Schwerer deutschnationaler Amts- mißbrauch

Sowohl der „Vorwärts“ wie die „Vossische Zeitung“ hatten dmarauf hingewiesen, daß es zwischen der deutschnationalen Reichstagsfraktion, dem Reichskanzler Dr. Luther und dem wegen der von ihrem Außenminister Dr. Stresemann betriebenen Außenpolitik zu erheblichen Differenzen gekommen ist. Innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion sind die schärfsten Töne gegen Herrn Dr. Stresemann und seine „schlappe Politik“ geblasen worden. Dieses Zerwürfnis im schwarz-weiß-roten Lager sollte natürlich nach außen hin nicht bekannt werden. Um so aufgeregter ist die schwarz-weiß-rote Presse, weil der „Vorwärts“ und die „Vossische Zeitung“ die Deutlichkeit über das Zerwürfnis unterrichtet. In welcher Weise nun der deutschnationale Reichsminister des Innern, Herr Schiele, den amtlichen Apparat mißbraucht, um den Deutschnationalen helfend beizupringen, ergibt sich aus der folgenden Meldung:

Berlin, 23. März. (Eig. Fundbüro.) Am Sonntag abend hat die deutschnationale Reichstagsfraktion nach einer mehrstündigen Verhandlung mit Dr. Luther und Stresemann in der Erwiderung gegen eine Resolution des „Vorwärts“ und der „Vossischen Zeitung“ erklären lassen, daß sie ein Mißtrauensvotum gegen den Außenminister nicht beschließen hat. Dieses angebliche deutschnationale Dementi ist nicht nur in seinem Inhalt außerordentlich merkwürdig, sondern auch in der

Art der Verbreitung; denn die Deutschnationalen haben die Unpersönlichkeit betonen, ihre Polemik gegen die „Vossische Zeitung“ und den „Vorwärts“ auf amtlichem Wege und mit amtlichen Mitteln zu verbreiten. Der eigentliche Text wurde z. B. nicht von der deutschnationalen Reichstagsfraktion der Presse zur Verfügung gestellt, sondern seine Verbreitung erfolgte durch die Presseabteilung der Reichsregierung in der 10. Abendstunde. Eine Stunde später war die deutschnationale Polemik durch den Berliner Rundfunk zu hören, der ebenfalls eine amtliche Einreichung ist. Mit gutem Recht stellt deshalb heute die „Vossische Zeitung“ fest: „Der Rundfunk ist nicht dazu da, polemische Erklärungen irgend einer Reichstagsfraktion zu geben. Wenn es nun gar die deutschnationale Fraktion ist und wenn der zukünftige Minister der deutschnationalen Volkspartei angehört, so ist der Rundfunk, der hier verliert, ganz besonders krank.“

Wir möchten die Redakteure der Reichstagsfraktion bitten, wenn die republikanischen Parteien sich einen Mißbrauch von Amtsgeldern durch die widerrechtliche Benutzung eines amtlichen Apparates geleistet hätten, wie es die Deutschnationalen getan haben.

Vom kommunistischen Gefindelium

Duisburg, 23. März. (Eigener Fundbüro.) Die sozialdemokratische Partei hatte am Sonntag nachmittag bei Duisburg eine Wahlversammlung einberufen, in der Landtagsabgeordneter Genosse Schuchmann sprechen sollte. Als der Meeting beginnen wollte, wurde ihm von einem anwesenden Kommunisten unterbrochen. „Jetzt ist es 5 Minuten vor 12 Uhr!“ Dieser Zuruf war für die übrigen Kommunisten das Signal, zur Erennung der Versammlung. Von außen drängte ein Trupp roter Frontkämpfer unter Führung des als Versammlungssprenger bekannten Gambroener Stadtverordneten Gröndel in den Saal. Als die am Saaleingang stehenden Genossen sich

weherten, gingen die Kommunisten mit brutaler Gewalt vor und bombardierten die Versammlungsteilnehmer mit Stöcken, Biergläsern, Säcken, Messern und anderen Schlaginstrumenten. Es entstand eine ungeheure Panik, sodas viele schwerverletzte Personen festzustellen waren. Gen. Schuchmann erhielt mit einem Messer einen Stich in die linke Hand. Außerst zahlreich sind insbesondere Kopfverletzungen. Ein Krüppel, der an zwei Krücken ging, wurde zu Boden geworfen. Die Krücken sind von dem Gefindel zerbrochen worden. Als die Kommunisten ihr Werk vollbracht hatten, gaben sie eine Erklärung für ihre Schandtat mit den Worten: „So, jetzt habt ihr wenigstens auch einmal den „Roten Frontkämpferbund“ geküßt“. Der Versammlungssaal bildet ein Trümmerfeld. Nicht ein Tisch oder Stuhl ist ganz geblieben.

Lohnverhandlungen bei der Reichspost

Berlin, 21. März. Wie eine Korrespondenz erzählt, wurden die Lohnverhandlungen für die Post- und Telegraphenarbeiter auf der Grundlage des für verbindlich erklärten Schiedsspruches für die Eisenbahnarbeiter zum Abbruch gebracht. Auch die Arbeiter der Reichspost erhalten eine Stundenlohnzulage von 3 Pf.

Briefkasten der Redaktion

1. In Ihrem Hülle bleibt nichts anderes übrig, als Klage beim Arbeitsgericht zu erheben. Der Hausbesitzer ist zu notwendigen Instandsetzungsarbeiten verpflichtet.
2. Die Reichsbahnbeamten haben nach wie vor den Eid auf die Verfassung zu leisten. Der bisherige Eid ist natürlich rechtsunwirksam. 3. Das Aktienkapital der Reichsbahn beträgt 15 Milliarden Geldmark. Es bleibt bis auf 2 Milliarden Vorzugsaktien, die im Laufe der Jahre verkauft werden, im Besitz des Reiches. Unseres Wissens sind keine Aktien in das Ausland gekommen. 3. Ein Mittelqualprofessor.



Preis 1/2 Pf nur 503
Kinderzeitung
„Der kleine Coco“
gratis

Rahma

MARGARINE
buttergleich

Bekannt, begehrt im ganzen Reich,
Mit feinsten Frischmilch hergestellt,
Zu haben schon für wenig Geld:
Die beste Butterkost
der Welt!

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für liebe kleine Kinder“.

Unwax Lind

Bildet
wetter. Bitter
verhindern jede Haut
wenn man abends der
Schaum v. Zacker's Patent
Medizinale-Seife eintrudert
löst. Schaum erst morgens
abwischen u. mit Seife
Crene nachheren Grob
ortige Wirkung v. Zuckers
behält. In allen Apothek.
Erzeugnis. Parfümerie- u.
Kosmetikgeschäften erhältlich

La Strickwellen

400 gr schwere 18 A nach
Maß. Strickstücke werden
angebracht. 2057

Maschinen-Strickerei
Englmann, Adlerstraße 4.

Chaffelongues

Alle Arten Postkornbrot,
Reinverfertigt sowie die
varietäten gut und billig

Kammerer
26 Erbprinzenstraße 26

Badisches Landestheater

Montag, 23. März 1923
Volksbühne (7)
Der tolle Welt

Lampjagadunndus
über 650

Das haderliche Niesblatt

Bauwerkstoffe mit Ölring
in 3 Arten von 1. Reibsch,
Mahl von 1. Mäher. In
Säge geht von 1. 1. 1.
Vandbad. Aufst. Leistung:
Max Schlager.

Personen:

Stellaris	Brüder
Fortuna	Wolker
Vellantius	Seiner
Amorcia	Schlagflur
Wylifog	Gemmede
Plutibus	Grob
Hiaris	Santen
Vampasibaga-	
hundus	
Ein Weichs-	Dahlen
schagmann	Brand
heim	Stoebie
Jwira	Wüller
Kurieren	Berz
Signora	Salpiti
Samilla	Genier
Vanra	Schleim
Schelmann	Trand
Rechi	Rasie
Gerrud	Stauden
Stier	Stier
Strudel	Stier
Amalia	Hobel-
mann	Säger
auf 7 Uhr	Ende 10 Uhr
Spezial 1. 1. 1.	4 20 Uhr



Das Kopfwaschpulver

wie es sein soll, muß sich leicht lösen,
reichlich Schaum entwickeln, vorzüglich
reinigen und bei milder Wirkung die
Kopfhaut und den Haarwuchs anregen.
Schaumpon mit dem schwarzen Kopf
vereinigt in sich alle diese Vorzüge mit
einem angenehmen Duft. Das Haar er-
hält nach dem Waschen mit Schaumpon
lockeres, schönes Aussehen. Preis 20 Pfg.
Achten Sie genau auf die Schutzmarke.
HANS SCHWARZKOPF - BERLIN - DAHLEM

Wichtig ist,
daß Sie beim
Einkauf
den Zusatz

„mit dem
schwarzen Kopf“
besonders
betonen.

Resi-Lichtspiele

Waldstraße

„Rund um die Ehe“

Ein Film-Lustspiel nach dem gleich-
namigen Roman von Lothar Schmidt. 2083

„Felix als Perlenfischer“

Die die höchst breite am
bleib. Platte v. ausgehau
Frauenhaare.

Dolar-Decker Haarband,
Dolar-Decker Haarband,
Dolar-Decker Haarband,

COLOSSEUM

heute abend 8 Uhr. 1650

„Otto der Treue“.

Metalbetten

Stahlmatr., Kinderbetten
die an Preis, Mat. 80 R. Frei
abholbar! Sahl (Mat.)

Schul-Artikel

Briefpapiere
Schreibwaren
Ansichtskarten
empfehlen

Volksbuchhandlung
Adlerstr. 43. Tel. 3701.

Arbeiter!

Berücksichtigt bei Eueren
Einkäufen die Zuforderungen
dieser Zeitung!

Math. Kohler

Büro und
Kleinverkauf: Durlacherstr. 30
Telephon 4707.
Hauptlager: Wollartswieserstrasse 4
(Rangierbahnhof)

Zwangsversteigerung.

Dienstag, den 28. März 1923, nachmittags
2 Uhr werde ich in Karlsruhe im Pfandlot, Sicher-
heits- und Zwangsversteigerung im Vollstreckungs-
wege öffentlich versteigern:

Größere Partien: Wollene farb.
Betttücher, Herren-Wollhemden,
woll. Bettdecken, Frotteer-Sand-
tücher, Taschentücher, baumwoll.
Näcke, fertiges Satintieid, Wolle,
H. Genden, Schürzen, Handtuch-
band, Zephyrhemden, weiße Genden
Damenstrümpfe, Herrensocken,
Gendenflanell, Kleiderstoffe, Sand-
tuchstoffe, Damenhemden, Nacht-
hemden, Prinzehuterröcke, Sand-
tücher, Futter, gestickte Kopfkissen,
Oberleintücher, Bettgaratur, 6-
teilig, Damenblusen, Herrenhemden
Damenkleider u. a. m., 2 große
Regale, 1 Vudentisch, 2 m lang,
80 cm hoch, 2 Vudentische mit
Fächer und Schuhschalen, 1 ovale
Tisch, 1 großer Tisch, 1 Speise-
schrankchen, 1 Spiegel, 1 Motor-
rad, Marke „A. ba“ 1 1/2 PS.
Die Versteigerung findet bestimmt statt.
Näheres siehe Anschlag am Pfandlot.
Karlsruhe, den 21. März 1923.
Hör, Gerichtsvollzieher.

Offene Lehrstellen

aller Art gesucht. Meldungen an das
Arbeitsamt Baden-Baden
Mercurstr. 8. (Fernruf: Rathaus)

4 Waldstraße 4
neben Hotel Rotes Haus

Konfirmation- und Kommunion-Geschenke

in
Juwelen, Gold- und Silberwaren
Bestecke, Armbanduhren
nur beste Qualitäten
zu außerordentlichen Preisen empfiehlt

Friedrich Abt

Juwelier
vis-à-vis dem Kunstverein
4 Waldstraße 4

Arbeiter!

Berücksichtigt bei Eueren
Einkäufen die Zuforderungen
dieser Zeitung!

